

Wege zum Frieden

Den globalen Krieg verhindern

Abrüsten statt Aufrüsten!

23./24. September 2022, Frankfurt (Main)

Beiträge zur Tagung und darüber hinaus

1. Auflage, Dezember 2022

Redaktionsteam

Gabriele Bieberstein, Reinhard Frankl, Irene Himbert,
Martina Jäger, Matthias Jochheim, Peter Wahl

Herausgeber:

attac Bundes-AG Globalisierung und Krieg

ISBN NNN

DVS Digitaler Vervielfältigungs-
und Verlags-Service Frankfurt (M.)

Printed in Germany

Anmerkungen:

Die Autoren verwenden oft die gängige männliche Sprachform bei personenbezogenen Substantiven und Pronomen. Sie bitten, das zu entschuldigen. Es soll der sprachlichen Vereinfachung und der flüssigeren Lesbarkeit dienen.

Alle referierten Hyperlinks wurden, so nicht anders in Klammern vermerkt, zuletzt am xxx oder später abgerufen.

Die Podiumsdiskussion vom Freitag dem 23. September 2022 wurde gestreamt und konnte so von vielen Interessierten verfolgt werden. Die Aufzeichnung ist dokumentiert und verlinkt auf dem Internetauftritt der Attac BAG Globalisierung und Krieg (www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/tagung-2022#c132818)

Podiumsdiskussion: www.youtube.com/watch?v=H9t75WX4Two

Dort sind auch folgende Links zu finden:

Vortrag von Peter Wahl: www.youtube.com/watch?v=joMV_Y4wGCw

Peter Wahl verliest den Vortrag des erkrankten Klaus Dräger, www.youtube.com/watch?v=rnGzvkaLWck

Vortrag von Lukas Zeise www.youtube.com/watch?v=-fhzPDZzBkc

Matthias Jochheim zu nuklearer Rüstung (in Vertretung von der erkrankten Regina Hagen) www.youtube.com/watch?v=8kQ9KjJMxY

Inhaltsverzeichnis

Über die Tagung.....	5
Michael von der Schulenburg: Nicht den Krieg - den Frieden gewinnen!..	9
Reiner Braun: Zukunft sichern mit immer mehr Waffen (Stichpunkte)...	17
Peter Wahl: Ukraine-Krieg - Konfliktanalyse.....	21
Matthias Jochheim: Nukleare Rüstung.....	31
Klaus Dräger: Was macht der Ukraine-Krieg mit der EU?.....	33
Francisco Mari: Der globale Süden in der Weltkrise.....	39
Lucas Zeise: Systemische Triebkräfte. Ökonomie – Ressourcen – Sanktionen als Waffe.....	45
Anhang.....	53
Weitere Hinweise.....	54



Matthias Jochheim begrüßt und eröffnet die Veranstaltung am Freitag, 23. September 2022, im Saalbau Südbahnhof, Frankfurt (Main).



Pausendiskussion am 24. September 2022 im Saalbau Gallus, FFM.

Über die Tagung

Nicht erst seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stehen die weltpolitischen Signale auf Sturm. Eine neue, globale Ost-West-Spaltung wird zunehmend etabliert: in Europa zwischen Russland und der Nato; in Asien zwischen der neuen Militär-Allianz AUKUS (USA, Australien, Großbritannien) und der VR China als Kontrahenten. Statt dem erhofften Ende der Blockkonfrontation erleben wir einen Machtkampf um globale Führung und Einflussgebiete. Er wird diplomatisch, propagandistisch, ökonomisch und zunehmend auch militärisch ausgetragen.

Ein neues Wettrüsten hat begonnen, während bestehende Rüstungskontrollverträge aufgekündigt wurden. Die Gefahr einer atomaren Eskalation wächst, neue Technologien - vom Killerroboter über Hyper-schallwaffen bis zu Cyber War und Miniatur-Atomwaffen - drohen das ohnehin prekäre Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Atom-mächten zu destabilisieren.

Auf beiden Seiten geht es angeblich um bedeutende Werte. Der US-Präsident hat einen globalen Kampf zwischen Demokratie und Autokratie ausgerufen. Der russische Präsident hat sich zum Vorkämpfer einer Entnazifizierung der Ukraine ernannt. Beide stilisieren ihre Interessenskonflikte zum Kampf zwischen Gut und Böse. Beide halten sich in dieser Schwarz-Weiß-Welt selbst für die Guten, die andere Seite für die Inkarnation des Bösen.

Wir haben Grund, an solch hehren Motiven zu zweifeln. Doppelte Standards fallen ins Auge: die Missachtung anerkannter völkerrechtlicher Prinzipien wie etwa das Verbot von Angriffskriegen ist in beiden „Lagern“ eklatant. Jede Seite biegt sich das Völkerrecht so lange zu-recht, bis es in die eigenen machtpolitischen Interessen passt.

Auch werden die ökonomischen Interessen etwa am weltweiten Ein-fluss der eigenen Konzerne des digitalen Kapitalismus, an den Profi-ten der Rüstungsindustrie oder am privilegierten Zugang zu strategi-schen Rohstoffen ausgeblendet.

Werte wie Frieden, friedliche Koexistenz und Kooperation tauchen in der angeblich so wertebasierten Außenpolitik nicht auf. Die Logik des Militärischen verdrängt die der Diplomatie und der friedlichen Kon-fliktlösung. Vernunft und Humanität drohen immer weiter unterzugehen.

Wir setzen dem die Forderung entgegen, Sicherheit neu zu denken. Globale Sicherheit erfordert den gegenseitigen Respekt elementarer Schutzbedürfnisse, und die gemeinsame Bekämpfung existenzieller Bedrohungen wie den Klimawandel, Armut und Hunger und die Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen, durch eine destruktive, nur an kurzfristigem Profit orientierte Wirtschaftsweise. Und sie erfordert die Bereitschaft die Kriege in der Ukraine, im Jemen, in Syrien durch Kompromisse und Verhandlungen zu beenden und an einer internationalen Friedensordnung zu arbeiten.

Kurzbericht von Matthias Jochheim, IPPNW und attac

Unsere Konferenz über den Ukraine-Krieg, seine Folgen und Wege zu seiner Überwindung fand mehr als ein halbes Jahr nach dem Einmarsch der russischen Truppen statt, zu einer Zeit fortgesetzter und ausgeweiteter Kämpfe.

Bei der Podiumsdiskussion am Freitag war in der Bewertung der aktuellen Lage zwischen dem langjährigen hohen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg und dem international vernetzten, erfahrenen Friedensaktivisten Reiner Braun grundsätzliche Übereinstimmung festzustellen: die Lage im Donbass ist aktuell von einer friedlichen Lösung weiter entfernt als noch vor Monaten. Die offenbar bevorstehende Annektion von Luhansk und Donezk durch die russische Föderation erhöht die Schwelle für Verhandlungen, die implizite Drohung mit nuklearer Kriegsführung zeigt die ungeheure Bedrohung, die hier über Europa liegt.

Die Tagung ließ keinen Zweifel an der schuldhaften Verantwortung der russischen Regierung, aber machte auch deutlich, wie die westlichen NATO-Regierungen, voran die USA, die Eskalation offenbar bewusst in Kauf genommen, ja befördert haben, etwa durch Waffenlieferungen. Aus seinen internationalen Verbindungen berichtete Schulenburg, weltweit äußerten die meisten, der Krieg sei Folge der US-Aggression. Putin sei weltweit nicht isoliert. So seien etwa in Asien nur Taiwan, eingeschränkt auch Süd-Korea (und darüber hinaus Australien) „pro USA“. Großer Verlierer des Krieges sei insbesondere die Ukraine, die bereits vor dem russischen Angriff - vom Einkommen der Bürger*innen her - das ärmste Land Europas war.

Erinnert wurde an einen im Juni diesen Jahres veröffentlichten, im Vatikan erarbeiteten Plan von erfahrenen Politikern, Wissenschaftlerinnen und Diplomaten - darunter auch von der Schulenburg -, für einen Waffenstillstand und Elemente einer Friedenslösung für die Ukraine – angesichts der aktuellen Eskalation zur Zeit ohne kurzfristige Umsetzungsperspektive. Dabei – so Schulenburg – wäre der jetzige Stand des Krieges, durch die nach wie vor bestehende räumliche Begrenzung der Kampfhandlungen, zu nutzen. Tatsächlich redeten die Beteiligten aber nur über Waffen statt über Friedenspläne. Dazu hatten auch ausländische Akteure, etwa die britische und die US-Regierung, beigetragen. Nur in Teilbereichen konnten Ansätze zur Kooperation beobachtet werden – etwa bei der Einigung über (zeitweise) Getreideexporte aus ukrainischen Häfen, oder auch in der Vereinbarung über Gefangenenaustausch.

Reiner Braun brachte die Perspektive der Friedensbewegung ein – die Bedeutung der „sozialen Verteidigung“, d. h. gewaltloser Widerstandsformen gegen militärische Aggression. Ziel müsse sein, nicht den Krieg, sondern den Frieden zu gewinnen.

Am zweiten Tag unserer Konferenz befassten wir uns mit den einzelnen Aspekten des Krieges,

- der Konfliktanalyse
- Vorgeschichte und ökonomische Wirkungen
- nukleare Drohung
- Konsequenzen des Krieges und Agieren der EU

Leider hatten uns die eingeladenen Referentinnen alle abgesagt, auch die Suche nach „Ersatzfrauen“ blieb bis zuletzt erfolglos. Wiltrud Rösch-Melzer (Netzwerk Friedenskooperative, pax christi), Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisation Tübingen) und Regina Hagen (Kampagne „Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!“) - fielen krankheitsbedingt aus. Wir bedauern das sehr.

Dennoch: Es war, so die überwiegende Resonanz, eine gehaltvolle Tagung zu einem belastenden, äußerst brisanten Thema, zu dem eine kritikfähige Öffentlichkeit in hohem Maße nötig ist. In einer Zeit, die gesellschaftlich Zeichen der Schock-Starre erkennen lässt, ist die offene Debatte wesentlich für die Überwindung der Paralyse.

Eine aufschlussreiche Feedback-Runde der Veranstalter mit den Teilnehmern und Gästen hat gezeigt, dass es zu den Themen der Tagung noch viel Diskussionsbedarf gibt.

Veranstalter der Tagung waren: attac BAG Globalisierung&Krieg, attac BAG Europa, attac Würzburg, IPPNW, DFG-VK Frankfurt, Friedens- und Zukunftswerkstatt , Kooperation für den Frieden

Michael von der Schulenburg: Nicht den Krieg - den Frieden gewinnen!



Michael v. d. Schulenburg (links) arbeitete für die Vereinten Nationen und war für sie an vielen Krisenherden eingesetzt, unter anderem in Haiti, Afghanistan, Pakistan, Iran, Iraq, Syrien, auf dem Balkan, in Somalia und Sierra Leone. Er ist Ko-Autor des von Romani Prodi, Jeffrey Sachs u.a. formulierten Aufrufs aus dem Vatikan „Keine Angst vor Friedensverhandlungen“. Wir bedanken uns für die Überlassung dieses Beitragtextes.

In der heutigen Welt, die vollgepackt ist mit Massenvernichtungswaffen, Hyperschall-Trägersystemen, Cyber-Kriegsführung, Weltraum-Kriegsführung und Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz sowie anderen schrecklichen Dingen, riskiert jede Strategie, die darauf abzielt, einen Krieg militärisch zu gewinnen, in einer Katastrophe zu enden. Dies gilt ganz besonders für den Krieg in der Ukraine, wo sich zwei Atommächte, Russland und die Vereinigten Staaten, gegenüberstehen und wo eine dritte Atommacht, China, dem angespannt zuschaut. Deshalb sollte der Westen einen Frieden und nicht einen militärischen Sieg anstreben. Das kann nicht durch Waffen, sondern nur durch Diplomatie erreicht werden.

Was den Krieg in der Ukraine so außerordentlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach sieben Monaten Krieg alle Kriegs-

parteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen. Trotz des drohenden Atomkriegs gibt es zwischen dem Westen und Russland keine diplomatischen Kanäle, um Missverständnissen vorzubeugen, eine weitere Eskalation zu vermeiden und die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung zu schaffen. Um das Schlimmste zu verhindern, müssen der Westen und Russland jetzt miteinander ins Gespräch kommen. Trotz, oder gerade wegen der Entwicklungen auf dem Kriegsschauplatz, sollten Friedensgespräche noch möglich sein. Der Westen hat bereits zweimal die Gelegenheit zu Friedensverhandlungen verpasst; er sollte sie diesmal nicht verpassen.

Die jüngsten militärischen Erfolge der Ukraine scheinen all jene im Westen ermutigt zu haben, die glauben, dass dieser Krieg gewonnen werden kann; dass Russland besiegt, und aus allen ukrainischen Gebieten, die es jetzt besetzt hält, vertrieben werden könnte. Auch der ukrainische Präsident Zelensky verkündete nun, dass das einzige Ziel ein vollständiger militärischer Sieg über Russland sein kann, und erneuerte seine Forderung nach einer raschen Aufnahme der Ukraine in die NATO – ein rotes Tuch für Russland. Aber wäre ein militärischer Sieg gegen eine Atommacht überhaupt möglich? Würde eine militärische Lösung, wenn überhaupt möglich, einen Frieden bringen, oder nur den Boden für einen nächsten Konflikt bereiten? Wir könnten auf eine gefährliche Eskalation zusteuern, die zur Zerstörung der Ukraine führen könnte und eine Zerstörung, die letztlich auch die Nachbarn der Ukraine in Europa und Asien – wenn nicht sogar die ganze Welt – erfassen könnte.

Als Reaktion auf seine militärischen Rückschläge hat Russland mit einer teilweisen militärischen Mobilmachung geantwortet, die die Zahl der in der Ukraine stationierten Streitkräfte verdoppeln könnte, Aber es ist Putins Entscheidung, vier ukrainische Oblaste zu annektieren – Russland nennt es "Beitritte" – mit der er das Konfliktpotenzial erheblich erhöht hat. Als Teil Russlands, so droht er, würde Russland diese vor jedem Angriff zu schützen, wenn nötig mit Atomwaffen. Damit versucht Putin, sich gegen das zu wehren, was er als existenzielle Bedrohung für Russland ansieht: Den Beitritt der Ukraine zur NATO, die Errichtung von Militärbasen durch die USA entlang Russlands Grenzen und der Verlust des russischen Zugangs zum Schwarzen Meer. Es ist

die Schwäche der konventionellen Streitkräfte Russlands, die diese Bedrohung so gefährlich macht. Wir sollten sie ernst nehmen.

Warnungen, dass der Krieg in der Ukraine zu einem Atomkrieg werden könnte, kommen auch von ukrainischer Seite. Kürzlich warnte in der staatlichen Medienagentur Ukrinform der oberste Militärbefehlshaber der Ukraine, General Valery Zaluzhny, dass dieser Krieg zum Einsatz taktischer Atomwaffen durch Russland und die USA führen könnte. Er spielte sogar auf einen möglichen Dritten Weltkrieg an: "Es ist auch nicht völlig auszuschließen, dass die führenden Länder der Welt direkt in einen 'begrenzten' Atomkonflikt verwickelt werden, in dem das Risiko für einen Dritten Weltkrieg bereits direkt sichtbar ist", so Zaluzhny.

Die Warnung von General Zaluzhny erinnert daran, dass es sich nicht nur um einen konventionellen Krieg zwischen der Ukraine und Russland handelt, sondern im Wesentlichen um einen Konflikt zwischen zwei Atommächten, Russland und den USA, in dem es darum geht, wer die Ukraine kontrolliert. Die USA sind inzwischen so stark in diesen Krieg verwickelt, dass ein kleiner Funke oder ein einfaches Missverständnis diesen Stellvertreterkrieg in eine direkte Konfrontation zwischen Russland und den USA verwandeln könnte. Inzwischen spricht sogar Präsident Biden von der Möglichkeit eines Nuklearkrieges. Auch wenn die Hoffnung besteht, dass eine nukleare Konfrontation noch in weiter Ferne liegt, sollte allein die Gefahr, dass wir einem alles vernichtenden Atomkrieg näher sind als je zuvor seit der Kuba-Raketenkrise vor genau 60 Jahren, in allen Hauptstädten der Welt die Alarmglocken läuten und die Diplomatie auf Hochtouren laufen lassen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Unter den heutigen Umständen ist dies politischer Wahnsinn!

Entwicklungen auf dem Schlachtfeld könnten noch eine Chance für die Diplomatie bieten

Glücklicherweise hat der Krieg noch nicht den Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt; es gibt noch Raum für Diplomatie. Die militärischen Operationen beider Seiten beschränken sich geografisch auf die rund 1.000 km lange Frontlinie, die die ukrainischen und russischen Streitkräfte in der Ost- und Südukraine trennt. Selbst dort beschränken sich die Kämpfe auf nur drei Gebiete um Charkow, den Donbass und Cherson. Weder ukrainischen noch die russischen Streit-

kräfte scheinen in der Lage zu sein, den Krieg auf andere Regionen auszudehnen. Behauptungen, Russland wolle Kiew oder gar die gesamte Ukraine besetzen, sind ebenso illusorisch wie ukrainische Behauptungen, sie stehe kurz vor der Rückeroberung des Donbass und der Halbinsel Krim. Es wird Monate dauern, bis die russische Verstärkung in vollem Umfang einsatzbereit ist, und auch die vom Westen versprochenen neuen und stärkeren Waffen werden erst nach einiger Zeit auf dem Schlachtfeld eintreffen. Am wichtigsten dabei ist aber, dass es sich immer noch um einen rein konventionellen Krieg handelt – zumindest jetzt noch. Es gibt also noch Spielraum für Gespräche.

Es gibt auch einige politische Bewegungen, die auf einen Raum für Diplomatie hindeuten. In bemerkenswerter Abkehr von der harten Position, die die NATO auf ihrem Gipfel im März eingenommen hatte, schrieb Präsident Biden im Mai in der New York Times, dass es nicht die Politik der USA sei, einen Regimewechsel in Russland anzustreben, und dass er mit dem ukrainischen Präsidenten die Überzeugung teile, dass nur eine diplomatische Lösung den Krieg beenden könne. Er spielte sogar auf die Möglichkeit an, dass die Ukraine möglicherweise territoriale Zugeständnisse machen müsse. Dies fällt zusammen mit der Entscheidung der USA, der Ukraine keine Langstreckenraketen zu liefern, mit denen sie den Krieg auf russisches Gebiet ausweiten könnten. Außerdem zog sich die EU von Litauens höchst gefährlicher Blockade des Kaliningrader Gebiets zurück, und der türkische Präsident Erdogan besuchte als erstes Staatsoberhaupt eines NATO-Landes Präsident Putin in Russland. Das von der Türkei und der UNO vermittelte russisch-ukrainische Getreideabkommen, die Beteiligung der IAEO am Schutz des Kernkraftwerks in Saporischschja und die jüngsten Gefangenenaustausche sind weitere ermutigende Zeichen.

Was macht dann die Suche nach einer diplomatischen Lösung so schwierig?

Das Schlüsselwort, das den Westen daran hindert, sich mit Russland an einen Tisch zu setzen, ist "Neutralität". Russland möchte, dass die Ukraine neutral bleibt, während die USA eine feste Einbindung der Ukraine in das westliche Militärbündnis wünschen. Diese gegensätzlichen Positionen beruhen nicht auf einer besonderen Liebe der einen oder anderen Seite zur Ukraine, sondern es ist die strategische Lage

der Ukraine zwischen Asien und Europa, die die Ukraine für beide Seiten geopolitisch so attraktive macht.

Als Mitglied der NATO würde die Ukraine zu einem strategischen Aktivposten für den Anspruch der USA auf eine globale und unangefochtene Führungsrolle werden. Sie würde Russland als Großmacht aus dem Spiel nehmen und es zu einer Regionalmacht degradieren. Sie würde es der US ermöglichen, den Handel zwischen Europa und Asien zu kontrollieren und ihre Macht bis tief nach Asien hineinzuprojizieren – der Hauptgrund, warum sich alle asiatischen Länder, mit Ausnahme von Japan und Taiwan, nicht der NATO/US-Politik der Verurteilung und Isolierung Russlands angeschlossen haben. Andererseits würde eine neutrale Ukraine (und damit auch ein neutrales Georgien) Russland davon befreien, von der NATO eingekreist zu werden. Es würde seinen Status als dominierende Macht in seiner unmittelbaren geografischen Nachbarschaft behalten und ein – wenn auch kleiner – internationaler Akteur bleiben.

Dass gerade die Neutralität der Stolperstein ist, ist beunruhigend, denn es wäre die Neutralität der Ukraine gewesen, die die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und den USA wegen der NATO-Erweiterung hätte lösen können, und es wäre die Neutralität der Ukraine gewesen, die den Krieg im März dieses Jahres hätte beenden können, als sich ukrainische und russische Unterhändler auf einen möglichen Friedensplan geeinigt hatten. In beiden Fällen war es die NATO, allen voran die USA und das Vereinigte Königreich, die jeden Schritt in Richtung eines neutralen Status der Ukraine torpedierten. Während Russland die Schuld für den Beginn eines illegalen Angriffs auf die Ukraine trägt, ist es die NATO, die für die Verlängerung des Krieges verantwortlich ist.

Die NATO und das Ende einer Verhandlungslösung

Das auffälligste Beispiel dafür ist, als die NATO im März die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen torpedierte. Damals, nur einen Monat nach Kriegsbeginn, gelang es ukrainischen und russischen Verhandlungsteams, einen 15-Punkte-Entwurf für ein mögliches Friedensabkommen vorzulegen, demzufolge die Ukraine keine NATO-Mitgliedschaft anstreben und keiner ausländischen Macht gestatten würde, Militärstützpunkte auf ihrem Hoheitsgebiet zu errichten. Im Gegenzug würden alle russischen Besatzungstruppen abziehen und die

Ukraine würde ihre territoriale Integrität weitgehend bewahren. Der Entwurf sah auch Zwischenlösungen für den Donbass und die Krim vor. Man hoffte, dieses Abkommen auf einer Friedenskonferenz am 29. März in Istanbul auf Außenministerebene abschließen zu können. Sowohl ukrainische als auch russische Politiker hatten bereits Hoffnungen auf ein Ende des Krieges geäußert.

Doch dazu kam es nicht. Angesichts der Möglichkeit einer neutralen Ukraine berief die NATO für den 23. März einen Sondergipfel in Brüssel ein, an dem auch Präsident Biden teilnahm. Der einzige Zweck dieses Treffens bestand darin, die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen zu beenden. Anstelle eines Kompromisses zwischen ukrainischer Neutralität und ukrainischer territorialer Integrität forderte die NATO nun den bedingungslosen Rückzug der russischen Streitkräfte aus den ukrainischen Gebieten, bevor es zu Friedensgesprächen kommen konnte: Wir fordern Russland auf, sich konstruktiv an glaubwürdigen Verhandlungen mit der Ukraine zu beteiligen, um konkrete Ergebnisse zu erzielen, angefangen bei einem dauerhaften Waffenstillstand bis hin zu einem vollständigen Rückzug seiner Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet (Erklärung des NATO-Gipfels).

Die NATO verlangte also nichts Geringeres, als dass Russland seine Niederlage akzeptiert, was in krassem Gegensatz zu einer Kompromisslösung steht, auf die sich die ukrainischen und russischen Unterhändler geeinigt hatten. In der Abschlusserklärung der NATO wurden weder die ukrainisch-russischen Friedensgespräche noch die Istanbul-Friedenskonferenz, die mit nur fünf Tagen Verspätung stattfinden sollte, erwähnt. Auch das Wort "Neutralität" wurde nicht erwähnt. Wohl auf Druck der USA und des Vereinigten Königreiches brach die Ukraine daraufhin die Friedensgespräche ab und begann, im Vertrauen auf massive Waffenlieferungen des Westens und harte Sanktionen, die Forderungen der NATO nach einem bedingungslosen Abzug der russischen Truppen zu unterstützen. Damit war der ukrainisch-russische Friedensprozess gestorben, und der Krieg dauert seither an.

Die Botschaft der NATO an Russland war eindeutig: Es würde keinen Verhandlungsfrieden geben, der zur Neutralität der Ukraine führen würde. Als Reaktion darauf änderte Russland seine Strategie und kündigte am 28. März an, dass es seinen militärischen Ring um Kiew aufheben und sich nun auf die militärische Eroberung der russisch-

sprachigen Gebiete der Ost- und Südukraine konzentrieren würde. Damit hat der Krieg eine andere Richtung eingeschlagen. Russland hoffte nun, durch die Besetzung ukrainischen Territoriums den Beitritt der Ukraine zur NATO verhindern und seinen Zugang zum Schwarzen Meer schützen zu können. Die jüngsten Annexionen von vier ukrainischen Oblasts sind das Ergebnis dieses Strategiewechsels. Dies wird jedoch keinen Frieden bringen, sondern im Gegenteil eine ohnehin schon schwierige und gefährliche Situation noch verschlimmern.

Der Westen hat nun die seltsame Position eingenommen, dass er die Ukraine bei der Abwehr einer Invasion unterstützte, ansonsten aber keinen Anteil an der Erreichung eines Friedens haben könne. Friedensverhandlungen seien allein Sache der Ukraine: *„Es ist Sache der Ukraine, über eine künftige Friedensregelung zu entscheiden, frei von äußerem Druck oder Einfluss“* (Abschlusserklärung der G7). Nachdem die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen im März torpediert wurden, ist dies eine ziemlich zynische Position. Zynisch ist auch die Annahme, dass die Ukraine nun *“frei von äußerem Druck oder Einfluss“* zu einer neuen Friedensregelung gelangen könnte, während sie von Russland militärisch unter Druck gesetzt wird und für ihr Überleben vollständig auf die finanzielle und militärische Unterstützung des Westens angewiesen ist. Der Frieden muss und kann nur zwischen dem Westen und Russland, natürlich mit Einschluss der Ukraine, ausgehandelt werden.

Der Weg zum Frieden ist klar, nur wer hat den Mut, ihn zu gehen?

In zwei seltenen öffentlichen Auftritten in Goslar und München hat die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Blick auf den Krieg in der Ukraine kürzlich zu mehr Verständnis und Kompromissbereitschaft aufgerufen. Während sie Russland vorwarf, mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar das Völkerrecht gebrochen zu haben, argumentierte sie eindringlich, dass Europa bei seinen Friedensbemühungen das Ziel nicht aus den Augen verlieren dürfe, eine gesamt-europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen, die Russland einschließt. Erst dann, so fügte sie hinzu, sei der Kalte Krieg wirklich vorbei. Sie warnte davor, Russlands Drohungen zu ignorieren.

Frieden für die Ukraine, Frieden mit Russland und Frieden in Europa sind untrennbar miteinander verbunden. Es wird keinen Frieden geben, ohne die Fehler zu korrigieren, die am Ende des Kalten Krieges

mit der Erweiterung der NATO (und der EU) bei Ausschluss Russlands gemacht wurden. Die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsarchitektur würde aber viel Zeit in Anspruch nehmen, die wir jetzt nicht haben. Aber Friedensgespräche zwischen dem Westen und Russland könnten damit beginnen, die Grundlagen dafür zu schaffen. Die Bestätigung der ukrainischen Neutralität, die Anerkennung russischer Sicherheitsinteressen und die damit verbundenen Sicherheitsvereinbarungen für die Ukraine, die sich nicht mehr auf die NATO stützen, wären ein erster Schritt. Die mutigen ukrainischen und russischen Verhandlungsteams haben uns im März den Weg dafür gezeigt, und ein Expertenteam, das sich im Juni im Vatikan getroffen hatte¹, hat deren Ansatz weiterentwickelt. Wenn wir den Frieden anstreben wollen, anstatt einen Krieg zu gewinnen, wird es keine andere Lösung geben.

Aber haben wir heute Politiker vom Kaliber eines Kennedy oder Chruschtschow, eines Reagan oder Gorbatschow, oder gar einer Angela Merkel, die den Mut und Entschlossenheit hätten, die Spirale eines immer mehr außer Kontrolle geratenen Krieges zu durchbrechen und stattdessen einen Frieden anzustreben? Der Weg zum Frieden ist klar, aber "wer ist bereit, diesen Weg zu gehen?" wird die alles entscheidende Frage sein, um die Ukraine, Europa und möglicherweise die Welt vor einer drohenden Katastrophe zu bewahren.

1 www.michael-von-der-schulenburg.com/frieden-in-der-ukraine

Reiner Braun:

Zukunft sichern mit immer mehr Waffen (Stichpunkte)



Reiner Braun (Mitte) war bis 2017 Geschäftsführer der IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms) und bis 2019 Co-Präsident des International Peace Bureau (IPB) in Genf. Wir bedanken uns, dass er am Freitagabend unserer Tagung auf dem Podium äußerst kurzfristig für **Wiltrud Rösch-Metzler** eingesprungen ist, die ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen leider absagen musste.

1. Zukunft sichern

- Doomsday clock 100 Sekunden: Atomwaffen, Klima: Militär als Klimakiller 6%, Militäremissionen nicht eingerechnet

2. Immer mehr Waffen

- SIPRI 2 Billionen EU Europa 1 2 Indien 3
- Ukraine Krieg. Neue Aufrüstungsprogramme
- 23 Kriege und ca, 250 bewaffnete Konflikte Vergessen!!!!
- Jede Minute verhungern 11 Menschen, 3.2. Milliarden in Armut Zahl seit 2020 um 160 Millionen gestiegen, Oxfam

3. Ukraine Krieg und Russland Grund für irre Militarisierung?

- 1,1 Billionen zu 65 Milliarden Russlands 1.15 bei allen bis auf eine Kategorie jetzt 1-18 uninteressant, Atomwaffen und China?
 - Naomi Klein Schocktherapie
- Alles in den Schubladen
- Profitinteressen des MIMK

4. Warum dann:

- Vorkriegsperiode NATO-Osterweiterung, Kündigung der Rüstungskontrollverträge bis INF
- Neue Weltordnung ringen, tektonische Verschiebung der Kräftekonstellationen. 500 Jahre Herrschaft des weißen Mannes Kolonialismus und Folgen ist vorbei
- Um welche Kräfte geht es und was ist ihr Einfluss: China Indien, BRICS Schanghai Europa
- Einige Zahlen als Beleg zu China (historisch angestammten Platz 3000 Jahre außer 1820 bis 1949) Weltsozialprodukt 19 USA 15% nach Kaufkraft, 2001 bis 2021 Bruttosozialprodukt Chinas von 1,3 auf 14 Billionen gestiegen, 800 Millionen Menschen aus Armut geführt, für 128 von 190 Ländern ist China der größte Handelspartner, 7 der 10 größten Containerhäfen, meisten Patentanmeldungen, 8X mal mehr Abschlüsse an Universitäten in den MINT Fächern
- Europa überall zurückgefallen 2029 17% Welthandel Europas auf 15 USA auf 12 gesunken. Dramatik von 4 auf 16 von 1995 bis 2029
- Herrschaft über Eurasien 2/3 der Menschheit lebt dort, Ressourcen von Ukraine bis Irak und Afghanistan geht es darum aber vor allen auch Schwächung Russlands siehe dazu auch Militärbasen; Auswirkungen schon bei der Reflexion des Ukrainekrieges
- Wer bei Sanktionen dabei, wer in Opposition oder kritisch 40 von 200
- Belt & Road Initiative: es geht nicht um Sympathie, es geht um Fakten
- Klima und Umweltkriege mit Dynamik! Konsequenzen des Greenwashing Festivals von Glasgow Globaler Norden für 90% der bisher produzierten CO2 verantwortlich; im Ringen um

neue Weltordnung geht es um Wasser (2040 9 Milliarden Wasserressourcen nur für 70% der Weltbevölkerung vorhanden, heute schon 80 Länder an Wasserknappheit) und Biodiversität 8 Millionen Tiere und Pflanzen vom Aussterben bedroht, 70.000 Pflanzenarten für medizinische Produkte verwendet. Herrschaft oder Befreiung, Souveränität oder Neokolonialismus

- Auswirkungen Sanktionen auf Russland und uns, es geht um Geostrategie und Schädigung des Gegners: Realität sieht anders aus und ist Ausdruck des neuen internationalen Kräfteverhältnisses (Treffen Lateinamerika, Ausschluss und Nichterscheinen oder zweite Garde)
- Kapitalismus und Dynamik – auch hin zu einem großen Krieg

5. Gefahr eines 3. Weltkrieges

- a. Ukraine und Herrschaft über Eurasien
- b. Es geht gegen Russland und China – aber nicht ohne Verantwortung
- c. Pazifik Taiwan der Hotspot. Per Zufall, per Unfall, per menschlichen Fehlverhalten, Eskalationsdynamik Kernpunkt!!
- d. Militärmanöver und Militärstützpunkte
- e. Indien/Pakistan, Koreanische Halbinsel
- f. Kommunikations- und Vertragslosigkeit
- g. Kapitalismus und Frieden Jaures Kapitalismus Krieg in sich wie Wolken den Regen erst recht Konfrontation um Neuaufteilung, begrenzte Ressourcen

6. Doppelmoral als Ideologie und Herrschaftsinstrument

- Manipulation Türkei (Irak, Nordsyrien), Jemen Marokko/Westsahara– Sanktionen?
- Völkerrechtswidrige Kriege – Russland lernt

7. Alternativen

Politik der gemeinsamen Sicherheit siehe neuen Report mit allem!

Grundgedanken des Reports: Sicherheit kann nur gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden. Die Sicherheitsinteressen des anderen sind genauso legitim wie die eigenen und müssen im Sinne von kooperativen Handeln berücksichtigt wer-

*den. Krieg kann nicht länger die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein. Krieg ist im Atomzeitalter die „Ultima Irratio“
Palme 2022*

- Frieden Ukraine: Waffenstillstand Verhandlungen, Plan Italiens. Neutralität, neue Regionalordnung der Dezentralität und neue Verfassung, der Strukturen in Ukraine und Osten, Sicherheitsgarantien, Rückzug der Truppen europäische Architektur (Helsinki 2); Mediation und Moderation
- Globale Herausforderungen. Abrüstung für Entwicklung: SDGs und Klimafond

8. Frieden in Ukraine möglich

- Friedensprozess mit Schritten und Etappen langfristig. Frozen conflict:
- Waffenstillstand
- Verhandlungen Basis Plan der italienischen Regierung
- Vier zentrale Punkte: Neutralität, Lösung der territorialen Konflikte auf der Basis von Dezentralität, Föderation und Autonomie, Wahlen, Verfassung und dabei Rückzug der russischen Truppen
- Sicherheitsgarantien
- Eingebettet in eine neue Friedensarchitektur Europas (bis 2025)
- Mediation! Moderation Frankreich, Italien, D? mit China oder kleinere weitere Türkei/Israel Moral Papst

Frage: Ukraine: Souveränität gegen Selbstbestimmung, Volksabstimmung unter internationaler Aufsicht

9. Friedensbewegung und zu schwach

- Positiv aber nicht lauwarm: Waffenlieferungen und Sanktionen
- Bündnisse aber auch Klarheit
- Jede Generation seinen Zugang finden
- Sommer/Herbst: Abrüsten, Aufrüstungsplänen in die Arme, Atomwaffen und F35, EFKas und

Peter Wahl: Ukraine-Krieg - Konfliktanalyse



Peter Wahl ist Gründungsmitglied von attac und WEED, einer NGO, die Krisen und Probleme analysiert, Alternativen entwickelt und an deren Durchsetzung arbeitet. Peter hat in etlichen Büchern und Magazinen publiziert und ist aktiv bei der attac BAG GuK.

Ich werde jetzt der Frage „Konfliktanalyse“ nachgehen in einem Sinne, den ich selbst als aufklärerisch gesellschaftskritisch analytisch sehe. Ich mache diese Vorbemerkung deswegen, weil die Wahrnehmung des Krieges geprägt ist nicht von solchen Kategorien des Verstehenswollens, des Aufklärenwollens, sondern im Grunde sehr moralisch ist bei vielen Menschen aus ehrlichen Überzeugungen und Gründen, und dort steht eben nicht die Analyse, sondern dort steht die berühmte Kriegsschuldfrage im Mittelpunkt, die übrigens bei vielen Kriegen für viele sozusagen der Schlüssel zum Verständnis ist.

Meine These ist, dass wenn man den Krieg in der Ukraine reduziert auf das Thema Schuldfrage, man ihn nicht verstehen kann. Sicherlich ist richtig dass der russische Einmarsch eine neue Qualität in militärischer Gewaltanwendung bedeutet. Er ist ein klarer Völkerrechtsbruch und er erzeugt eine Menge von Risiken, zum Beispiel das der Eskalation, der Ausweitung auf andere Regionen und erfordert natürlich - wie alle Kriege - einen fürchterlichen humanen Blutzoll, Elend, Leid, Vertreibung, Zerstörung und so weiter und so fort. Das ist richtig, aber wie meine Formulierung eine neue Qualität der militärischen Gewalt-

anwendung bereits andeutet, lässt sich dieser Krieg, wie ich finde, nicht verstehen, wenn man ihn auf dieses Moment sozusagen schrumpfen lässt und sagt, das ist der Schlüssel zum Verständnis. Das ist Teil des Verständnisses, aber es ist nicht das ganze Verständnis, denn meine Ausgangsthese ist die:

Konflikt-Grundtypen

Wir haben es mit einem Konflikt zu tun in dem zwei Grundtypen von Konflikt miteinander vermischt und amalgamiert sind, und dass diese beiden Grundtypen von Konflikt sich lange vor dem 24 Februar entwickelt haben.

Die beiden Grundtypen sind das Resultat oder Konflikte, die Resultat sind des chaotischen Zerfalls der Sowjetunion. Das ist ein Phänomen das haben wir in vielen anderen postsowjetischen Ländern ebenfalls Minderheitenprobleme. Als die Sowjetunion zerfiel, befanden sich plötzlich 25 Millionen Russen über Nacht im Ausland. Nachdem sie geboren und aufgewachsen sind in der Sowjetunion, in einem Land, waren sie jetzt plötzlich in Estland, in Lettland, in Litauen, in der Ukraine, in Kasachstan und so weiter und so fort.

Das hat eine Menge Probleme hervorgerufen, die übrigens auch nicht nur mit Russland alleine zu tun hatten. Wir haben den Krieg vor zwei Jahren erlebt zwischen Aserbaidschan und Armenien. Auch da sind diese klassischen Konflikte aus dem chaotischen Zerfall der Sowjetunion sichtbar: Das Minderheitenproblem, das Sprachenproblem, religiöse Probleme, territoriale Probleme. Das ist also der eine Konflikttypus. Auf den kann man jetzt nicht mit dem 24 Februar nur blicken, sondern man muss sehen, dass durch diesen chaotischen Zerfall der Sowjetunion hier neue Konfliktlinien entstanden sind. Eine der Hauptursachen dabei ist die Entstehung eines sehr starken Nationalismus in den neuen entstandenen postsowjetischen Ländern. Das ist ein Phänomen - das ist auch auf die beschränkt - wir kennen das aus dem Entkolonialisierungsprozess, dass sich neu entstandene Staaten sehr stark darum bemühen, eine nationale Identität auszuprägen und das führt eben auch dazu, dass als Auswuchs ein starker übertriebener und in der Ukraine auch ein ausgesprochenen aggressiver Nationalismus sich ausgebreitet. Der hat historische Wurzeln zum Teil, er hat Wurzeln in der Geschichte dieses sehr heterogenen Landes Ukraine das nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden ist, weil die Ukraine eben anders etwa als Estland oder anders als Georgien eben keine ei-

genständige Nationalgeschichte hat. Das ist sozusagen der eine Konflikttypus. Er hat sich entfaltet und entwickelt im Grunde schon relativ früh nach dem Zerfall der Sowjetunion. Er hat eine qualitative Steigerung bekommen in dem Maidan Prozess und in der darauffolgenden Abtrennung der Krim von der Ukraine. Seit dieser Zeit hat sich dieser Konflikt dann weiter verschärft. Die aus der Maidan-Entwicklung hervorgegangene Regierung unter Poroschenko hat die Sezessionsbestrebungen im Donezk definiert als Terrorismus. Und wenn man etwas als Terrorismus definiert, heißt das auch, dass man relativ zügellos das bekämpfen kann - allein durch diese Definition. De facto war es aber ein Bürgerkrieg. Sie haben über acht Jahre hinweg einen Krieg mit militärisch niedriger Intensität geführt 14.000 Toten, darunter mehrere tausend Zivilisten. Das heißt also, kriegerische Auseinandersetzung, militärische Gewalt, hat nicht am 24. Februar begonnen, sondern sie hat 2014 eingesetzt in diesem Krieg niedriger Intensität. So weit zu dem einen Konflikttypus.

Konflikttypus II

Jetzt komme ich zu dem zweiten Konflikttypus, der sozusagen zur Anatomie dieses Krieges gehört und das ist die machtpolitische, geopolitische Komponente, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen. Und wenn man sagt „Westen“ muss man gleich präzisieren: primär den USA, die die Führungsmacht im Westen sind, aber in deren Gefolge auch der EU und zwei drei asiatische Länder wie zum Beispiel Japan und Taiwan.

Dies ist ein Konflikt der ebenfalls viel länger andauert und sehr früh begonnen hat, nämlich im Grunde von Anfang an angelegt war im Sieg des Westens im Kalten Krieg.

Die USA haben mehrfach erklärt, nachdem dieser Kalte Krieg vorbei war: So etwas wollen wir nie wieder erleben, nämlich dass eine Macht auf dem Planeten entsteht, die ungefähr Parität mit den USA haben kann, die die USA und ihre absolute Vormachtstellung herausfordern könnte. Das war schon relativ früh klar, und Clinton zum Beispiel hat bereits 1994 - das war also einige Jahre noch bevor der offizielle Antrag gestellt worden ist, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen - bei einem Besuch in Polen angekündigt, die Osterweiterung ist keine Frage des „Ob“, sondern nur eine Frage des „Wann“. Das hat ja dann in mehreren Wellen eingesetzt. Trotz mehrerer Versicherungen in den Verhandlungen um die Wiedervereinigung

bei uns, aber auch danach, trotz mehrerer Versicherungen von Politikern des Westens, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, hat dann dieser Prozess eingesetzt in mehreren Wellen. Zuerst mit Polen, mit dem Baltikum, dann gab es eine zweite Welle auf dem Bukarester NATO-Gipfel 2008, eben die Ankündigung, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Nun muss man - und das lernt man im Grunde, wenn man sich mit internationalen Beziehungen befasst, schon im ersten Proseminar: Wenn man einen Konflikt verstehen will, muss man die Konflikt-Wahrnehmung aller Parteien zur Kenntnis nehmen. Man muss sich deswegen nicht billigen aber man muss sie kennen und muss sie zur Kenntnis nehmen, und zur Kenntnis nehmen heißt im Falle Ost Erweiterung der NATO, dass man sich einmal in die Position Russlands hineinversetzt und sich fragt, was bedeutet das für die. Ich will das jetzt nicht großartig ausweiten hier, aber es gibt ein historisches Beispiel, das schlaglichtartig erklärt, wie das aus russischer Sicht sich ausnimmt. Das ist die Kuba Krise. So wie die USA es nicht wollten, dass 150 km vor Miami sowjetische Atomraketen stehen, die sozusagen das atomare Gleichgewicht bedrohen können. Auf diesen Herausforderungen eines Kubas vor russischer Haustür, das ist im Grunde das Kernproblem aus russischer Sicht, das mit der Nato-Ost-erweiterung verbunden ist. Mit anderen Worten: es ist eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung für Russland, vor der eigenen Haustür die NATO zu haben, und wie ich schon sagte, die NATO ist im Grunde eine USA-Veranstaltung. Das bedeutet auch, dass die Möglichkeit besteht, mit dieser Nato-Expansion Atomwaffen an der ukrainisch-russischen Grenze zu stationieren.

Kräfteverhältnisse

Das ist der Grundkonflikt dieser geopolitischen Auseinandersetzung zwischen Westen/USA und Russland. Um die Tragweite dieses Konfliktes zu verstehen, muss man auch verstehen, wie die Kräfteverhältnisse zwischen den USA und Russland sind. Machtpolitische Kräfteverhältnisse sind das zentrale Regulationsprinzip in den internationalen Beziehungen. Das ist nicht Freundschaft, das sind nicht Allianzen, sondern das sind Interessen

der einzelnen Nationalstaaten und die Durchsetzung dieser Interessen, die Wahrung dieser Interessen beruht letztendlich in ihren Chancen auf den machtpolitischen Kräfteverhältnissen. Die wichtigsten Ressourcen dazu sind a) Militär, b) die Wirtschaft, c) die Technologie,

d) der politische Einfluss und e) das was man als Softpower bezeichnet. Das heißt also der kulturelle kultureller Ausstrahlung, die man als Staat oder als Land auf den Rest der Welt hat. Das ist in den USA ganz offensichtlich und muss ich jetzt nicht weiter vertiefen.

Wenn man jetzt die Kräfteverhältnisse zwischen Russland und den USA einmal vergleicht, dann stellt man fest, dass Russland lediglich auf einem Sektor halbwegs auf Augenhöhe mit den USA ist, nämlich beim strategischen Gleichgewicht, beim „Gleichgewicht des Schreckens“, bei der atomaren Balance und hier insbesondere bei der Zweitschlagskapazität. Früher, vor 30 Jahren hätte ich das nicht weiter erläutern müssen, heute glaube ich, muss man das erklären, was das bedeutet. Zweitschlagskapazität bedeutet, dass selbst nach einem atomaren Angriff der USA auf Russland, Russland immer noch in der Lage ist, die USA in Schutt und Asche zu legen. Und jetzt versetzen wir uns nicht in die Situation des Kreml, sondern in die Situation der Eliten des Weißen Hauses, des Pentagon, des State Department, und dann wird man verstehen, wenn man sich jemandem wie Hillary Clinton vorstellt, dann wird man verstehen, wie unerträglich dieser Gedanke ist, dass diese Russen, die ökonomisch, die technologisch und sonst wo in der Welt auch nicht nur einen Teil so viel zu melden haben wie die USA, dass die aber trotzdem in der Lage sind, uns, die USA, in Schutt und Asche zu legen.

Handlungsmotive und Konfliktkern

Dieser Gedanke ist sozusagen eine ganz bittere Pille, die trotz des Sieges nach dem Kalten Krieg für die USA zu schlucken war. Aus diesem Grunde gibt es in den USA immer wieder Debatten, Überlegungen, wie man diese Zweitschlagskapazität der Russen ausschalten könnte. Das ist jetzt nicht offen erklärt, aber die Möglichkeit, quasi 300 bis 400 Kilometer vor Moskau Atomraketen taktisch aufzustellen, möglicherweise Hyperschallwaffen aufzustellen, Marschflugkörper zu stationieren, dass das im Grunde ein Mittel sein könnte, um diese Zweitschlagskapazität der Russen auszuschalten, nämlich durch das, was im Jargon als „Enthauptungsschlag“ bezeichnet wird.

Das ist ein Motiv! Versetzen wir uns jetzt wiederum in die Position des Kreml, die durchaus ernst zu nehmen ist: Putin hat das in seiner Rede am 22 Februar, also zwei Tage vor Ausbruch des Krieges ja auch deutlich ausgedrückt. Da wird viel zitiert aus dieser Rede, aber eine Passage wird praktisch nie bei uns in den Medien zitiert, das ist die

Passage, wo er von dem Messer am Hals spricht. Und vor diesem Absatz seiner Rede spricht er darüber, dass genau die Befürchtungen bestehen, dass diese Atom-Zweitschlagskapazität Russlands zerstört werden könnte, dass, selbst wenn es dann nicht zu einem Krieg käme, Russland erpressbar wird. Das ist eine Vorstellung, die wiederum aus russischer Sicht inakzeptabel ist.

Das ist meines Erachtens der ganz harte Kern dieser geopolitischen Auseinandersetzung aus russischer Seite und aus US-Seite und wie gesagt dann im Gefolge aus Sicht der EU. Aus deren Sicht ist die Weltlage, ist die Weltsituation so, dass die russische Politik ihre militärische Kraft, ihr militärisches Potenzial als Herausforderung für die Führungsrolle der USA verstanden wird.

Die USA haben den Anspruch auf *global leadership*. Das kann man in Dutzenden von Präsidentenreden lesen, das kann man in offiziellen Papieren, in Strategiekonzepten, Plänen - überall - nachlesen. Das ist also der Konflikt in seinem harten Kern, und der wird jetzt durch eine letzte, weitere Komponente sozusagen noch mal ergänzt, die etwas anderes ist als das, was wir aus dem Kalten Krieg kennen, nämlich die Teilung der Welt in ein prosowjetisches Lager und in ein westliches Lager, die sozusagen die Weltgeschichte bestimmen. Die Blockfreien agieren zwar irgendwo auch, aber die Blockfreiheiten spielen keine nennenswerte Rolle.

„Zeitenwende“

Das hat sich heute grundsätzlich geändert. Es gibt eine Grundtendenz in der Weltgeschichte. Wenn man von Zeitenwende spricht, dann ist hierin die eigentliche Zeitenwende zu sehen, nämlich, dass die 500-jährige Epoche, die durch Kolonialismus und Imperialismus geprägt war, und die die Dominanz des Westens des weißen Mannes (Klammer auf: heute auch der weißen Frau - Klammer zu) über 500 Jahre lang begründet hat. Diese neigt sich zu Ende. Das hängt zusammen mit dem Aufstieg Chinas, mit dem Aufstieg Indiens, mit dem Aufstieg anderer Schwellenländer, Indonesien, Brasilien und so weiter und so fort. Die haben begonnen - und das mit starker Beteiligung Russlands, würde ich sagen - sich selbst zu organisieren. In den BRICS-Staaten bereits 2008. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, das ist ein lockeres Bündnis, ungefähr wie die G7, aber, wie gesagt, mit eigener strategischer Orientierung. Deren Kernziel ist es, so heißt es in der Gründungserklärung 2008 auf dem ersten BRICS-Gipfel in Jekatari-

nenburg angekündigt - übrigens nicht zufällig in gleichen Jahr wie die Osterweiterung der NATO mit Georgien und Ukraine: Wir wollen eine multipolare Welt, wo alle Staaten gleichberechtigt sind auf der Grundlage des Völkerrechts und wir wollen keine Dominanz, keine Hierarchie, an deren Spitze eine große Supermacht, in dem Fall die USA, steht. Das also ist - grob skizziert - der zweite Grundtypus von Konflikt.

Geostrategischer Kampf um Aufstieg und Niedergang

Für Analytiker war das eigentlich schon vorher sichtbar, aber jetzt auch für die große Öffentlichkeit, dass diese zweite Komponente, nämlich die geopolitische Auseinandersetzung das dominante Element in diesem Krieg geworden ist. Wir haben es mit einem Stellvertreterkrieg zu tun. Das ist etwas, was inzwischen auch von US-Seite so formuliert wird. Es gibt einen schönen Artikel von Hell Brands, der vor drei Wochen in „foreign policy“ erschienen ist. Brands ist Mitarbeiter im State Department und gleichzeitig hat er den Henry-Kissinger-Lehrstuhl an der Universität in Harvard oder wo inne. Und dieser Herr Brands schreibt in diesen Artikel mit dem schönen Titel „Warum Konflikte zwischen Supermächten eine gute Sache sind“ (Why Superpower Conflicts Are A Good Thing). Da zählt er auf in fünf Punkten, was der Nutzen aus US-Sicht ist, wenn man diesen Krieg als Stellvertreterkrieg und als geopolitische Auseinandersetzung definiert.

Das also ist die aktuelle Situation. Das heißt, wir sind konfrontiert mit einem primär geopolitisch gewordenen Konflikt zwischen USA-NATO-Westen und Russland auf der anderen Seite, aber dieser Krieg ist - anders als im Kalten Krieg - von den Kräfteverhältnissen her so, dass ein dritter Spieler heute mit hineingekommen ist, nämlich die aufstrebenden Schwellenländer, vorneweg China, die sich nicht nur in den BRICS organisiert haben, sondern sich inzwischen auch in anderen Formen einer Selbstorganisation zusammenschließen. Das jüngste Beispiel war der Gipfel der Shanghai Cooperation Organisation. Das ist eine Organisation, die ursprünglich entstanden ist, um Grenzkonflikte zwischen Russland, den Nachfolgestaaten Russlands an der chinesischen Grenze und China zu regeln, was nach einigen Jahren auch erfolgreich war. Das sind all diese Länder Kirgistan, Tadschikistan und andere „Distan-Länder“. China hat jetzt nicht mehr nur einen Nachbarn in dieser Region, sondern plötzlich fünf. Sie haben diese Grenzkonflikte friedlich in Verhandlungen in einem diplomatischen Prozess gelöst.

Das ist der Ausgangspunkt und der Kern dieser Shanghai Corporation Organisation. Ab einem späteren Zeitpunkt kam hinzu die internationale Vernetzung im Kampf gegen den islamischen Terrorismus. Das ist, wenn man auf die Landkarte blickt, natürlich auch sofort offensichtlich. Afghanistan grenzt an die Region: Wir haben die Taliban, wir haben den islamischen Staat und wir haben in diesen Kirgistan-Usbekistan-Tadschikistan-Ländern auch eine starke muslimische Identität. Und wir haben in China das Problem mit den Uiguren, die ebenfalls an diese Region grenzen. Also hier liegt der Kern für die zweite Säule dieses Shanghai Corporation Bündnisses, nämlich Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Terrors. Inzwischen - und das ist interessant - haben sich andere Länder ebenfalls dafür interessiert oder sind Mitglied geworden: Indien und jüngst der spektakulärste Fall, das NATO-Mitglied Türkei.

Ein drittes Moment, das ich jetzt noch kurz erwähnen möchte: Am 13./15. November wird der G20-Gipfel in Indonesien stattfinden. Die G20 als Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs ist eine Erfindung der USA. Das war noch in den letzten Wochen der George Bush-Administration. Es war nämlich in der Zeit der Finanzkrise. Damals wurde die G20 als Gipfeltreffen konstituiert zum Management der großen Finanzkrise von 2008 folgende. In diesen G20 sind eine ganze Reihe von Schwellenländern vertreten: China und Indien sowieso, aber auch Indonesien, Saudi-Arabien, die Türkei und andere, und auch hier zeigt sich jetzt, dass wir eine andere Situation hatten als vor 50 Jahren. Die Versuche beim bevorstehenden G20-Gipfel Russland auszuladen und das zu betreiben, was hier ununterbrochen auf allen Ebenen gemacht wird gegen Opernsängerinnen, Dirigenten, Kulturschaffende und Schriftsteller etc., nämlich dass alles, was nach Russland überhaupt aussieht, aus unserer Wahrnehmung, aus unserem Denken zu eliminieren, das funktioniert dort nicht. Indonesien ist jetzt nicht gerade die ganz große Weltmacht aber immerhin ein aufsteigendes Schwellenland, weigert sich, das zu machen. Wir sehen also, dass diese geopolitische Konfrontation unter einigen veränderten Vorzeichen stattfindet, wenn man das vergleicht mit der Zeit des Kalten Krieges.

Langer Rede kurzer Sinn – „Putin ist Schuld“

Um jetzt einmal zusammenzufassen: Wir haben es in dem Krieg mit einem Prozess zu tun, der lange vor dem Februar begonnen hat. Der

Februar selbst war eine qualitative Drehung in der Konfliktspirale. Es hat seither weitere Drehungen in der Konfliktspirale gegeben. Die eine war das offene und offensive Eintreten des Westens vorneweg der USA über 40 Milliarden US-Dollar Rüstungshilfe in den Krieg. Die Sanktionen bzw. der Wirtschaftskrieg in seiner historisch bisher unbekanntem Weise war eine weitere Drehung in der Eskalationsspirale, und jetzt haben wir in dieser Woche eine weitere Drehung ausgehend von Russland erlebt, nämlich die Ankündigung der Referenden, die jetzt wohl auch durchgeführt werden, und einer Teilmobilisierung in Russland. Das heißt, wir sind in einer Situation, wo sich immer neue qualitative Stufen der Eskalation ergeben und man muss dazu sagen - jetzt noch mal zurückzukommen auf meinen Eingangspunkt, damit mache ich Schluss - in allen Phasen dieser Eskalationsstufen gäbe es Alternativen. Es ist also nicht so, dass man all das was geschehen ist nach dem 24 Februar, monokausal auf einen Faktor reduzieren kann auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine, sondern in diesem Prozess gibt es immer wieder Weichenstellungen, Momente wo Alternativen denkbar sind. Das heißt also, wie es bei uns in den Mainstream Medien so gängig ist, dass im Augenblick alles Übel der Welt - ob das die Hunger-Problematik ist, ob das Klimapolitik und so weiter ist, alles sozusagen darauf zurückgeführt wird auf den 24. Februar, ist also ein fataler Denkfehler. Das ist ein Denken in Kategorien der Kriegsschuld. Darauf schrumpft die Analyse und der Blick auf diesen Konflikt. Ich will das verdeutlichen, kleinen scheinbar banalen wahren, kleinen Geschichte die mir passiert ist. Wer mich hier reinkommen gesehen hat, hat vielleicht gemerkt dass ich leicht humple. Ich habe mir im Mai eine Achilles Sehnenentzündung zugezogen, kein Riss, eine Achilles Sehnenentzündung. Und daran ist Putin Schuld - in dieser Logik. Warum? Ich war eingeladen in Freiburg beim Friedensfriedensbündnis und attac-Freiburg zu einem Vortrag über den Krieg. Am nächsten Tag bin ich nach Hause gefahren. Freiburger Hauptbahnhof: Ich steige in den ICE und rutsche aus an den hohen Stufen dieses ICE und ziehe mir diese Achillessehnenentzündung zu. Wer ist Schuld? Na völlig klar: Wäre Putin nicht einmarschiert, hätten das Freiburger Friedensbündnis und Attac Freiburg mich nicht eingeladen. Oder andere Variante, ich hätte keine Zeit gehabt oder ich hätte Corona gehabt, oder ich hätte einen anderen Termin gehabt, dann wäre ich da nicht hingefahren. Und wenn ich trotzdem dann hingefahren wäre, wäre vielleicht an dem Morgen etwas ausgeschlafener

gewesen oder nicht so blöde beim Einsteigen. Dann hätte ich mir diese Achillessehne Verletzung nicht zugezogen. Das heißt, in jeder dieser Stufen gab es in Wirklichkeit Alternativen. Und der Satz, dass Putin Schuld ist, ist zwar die Denkweise die wir heute so sagen mainstreammäßig in unseren Medien haben, aber es ist ganz wichtig zu verstehen, dass auch jetzt Alternativen da sind. Der Gang der Geschichte ist kein mechanisches Uhrwerk, das automatisch abläuft, in das wir nicht eingreifen können, sondern in jedem Moment der Geschichte bestehen Alternativen und man könnte es anders machen. Deswegen sitzen wir unter anderem auch hier. Wir können sicherlich nicht in ganz großen Wurf machen, aber wir können dazu beitragen, dass dieser zentrale Begriff der Kräfteverhältnisse, den ich für die internationalen Beziehungen schon erwähnt habe, natürlich auch innenpolitisch gilt und daran arbeiten, dass die innenpolitischen Verhältnisse bei uns sich so verändern, dass an dieser Bundesregierung und an der offiziellen Politik vielleicht durch Druck von unten sich doch etwas verändert. Deswegen sind wir hier. Es wird jetzt nicht zu einem Wunder kommen, aber es ist so, dass wir nicht verurteilt sind, einfach nur passiv dazustehen und zu harren dessen, was auf uns zukommt. Auch wir haben ein kleines Stück Einfluss auf den Gang der Geschichte in der Hand. Es gibt gute Beispiele dafür. Der Vietnamkrieg hat nicht geendet weil die USA gegenüber Vietnam militärisch so hoffnungslos unterlegen gewesen wären, sondern der hat geendet, weil innenpolitisch niemand mehr oder kaum noch jemand diesen Krieg fortführen könnte wollte und in diese Situation müssen wir auch hier bei uns kommen, um diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.

Danke für die lange Aufmerksamkeit.

Matthias Jochheim: Nukleare Rüstung

Redaktionell überarbeitete Transkription



Matthias Jochheim, IPPNW und attac BAG GuK, spricht anstelle der erkrankten Regina Hagen, langjährige Redakteurin der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden, aktuell Sprecherin der Kampagne „Büchel ist überall. Atomwaffenfrei jetzt!“, zu den Gefahren nuklearer Rüstung.

Ich will nur kurz drei Aspekte nennen, die in unserer IPPNW (den International Physicians for the Prevention of Nuclear War) ja sozusagen ständiges Thema sind. Quasi als Überschrift: wir sagen (englisch) „nuclear power fuels the bomb“, das heißt, die Atomenergie ist eigentlich die Technologie, die dann auch dafür sorgt, dass die Staaten in der Lage sind, Atomwaffen herzustellen. Das ist ja das Phänomen, was zum Beispiel zu den besonderen Spannungen mit dem Iran geführt hat, dass der Iran eben ein Atomkraftwerk und die entsprechenden Urananreicherungsanlagen betreibt und durch diese Technologie durchaus auch grundsätzlich in der Lage ist, die Anreicherung an Uran zu leisten, die zur Herstellung von Bomben erforderlich ist. Das ist ein Thema jetzt auch in der Ukraine selbst. Die Ukraine ist gepflastert mit einer ganzen Reihe von Atomkraftwerken, und Saporischja, dieses riesen Atomkraftwerk, das größte in Europa, das ist im Moment im Kern von militärischen Auseinandersetzungen, das heißt, es ist eigentlich ein Albtraum, dass genau in dieser Region dieses riesigen Atomkraftwerks jetzt militärische Kämpfe stattfinden. Das zeigt, dass in einer hochtechnologisierten Welt Krieg einfach etwas ist, was nicht mehr erträglich ist. Das ist nicht mehr möglich, weil es ein Zerstörungspo-

tenzial in einem zivilen Bereich freisetzt, das völlig klar macht: Krieg muss wirklich abgeschafft werden. Der weitere Aspekt ist natürlich, das ist ja angesprochen worden, dass Atomwaffen oder ein Atomkrieg tatsächlich wieder in die aktuelle Auseinandersetzung mit einbezogen werden - durch die Drohung zum Beispiel der russischen Regierung, dass sie im Fall der besonderen Bedrängnis durchaus bereit ist, eben auch ihre gewaltige Atombewaffnung ins Spiel zu bringen oder auch einzusetzen - das heißt dieser Albtraum der entsetzlichen Folgen, die ein atomarer Krieg hätte, wird angedroht. - Wir haben uns ja vor einigen Wochen erst nochmal beschäftigt mit den Folgen der Hiroshima-Bombardierung, wo nur eine einzige Bombe mit einer vergleichsweise geringen Sprengkraft und Strahlungskraft eingesetzt wurde. Es gibt Atombomben mit einer vielfachen Zerstörungskraft der Hiroshima Bombe, allein diese hatte aber genügt, um 100.000 Menschen umzubringen und gleichzeitig Langzeitfolgen wie Krebserkrankungen und genetische Schäden noch nach Jahrzehnten hervorzurufen. Ein Albtraum, eine Hölle, die da entfesselt worden ist! Und wenn nun tatsächlich ein Nuklearwaffeneinsatz, ein Nuklearkrieg insgesamt entbrennen würde, dann wäre das ein Vielfaches dieser entsetzlichen Katastrophe von Hiroshima. Und Deutschland ist involviert nicht nur im Rahmen der NATO, sondern auch durch den Stationierungsort Büchel in der Eifel: entgegen dem Atomwaffensperrvertrag sind bekanntlich Atombomben in Büchel stationiert. Es ist vorgesehen, dass diese im Kriegsfall von deutschen Piloten unter dem Kommando der US-Regierung und der US-Armee auch eingesetzt würden. Das heißt, die Region von Büchel wäre natürlich gleichzeitig auch ein Ziel möglicher russischer Angriffe. Wir fordern, dass Deutschland endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft, der ja inzwischen ein UN-Dokument geworden ist, schon von etwa 50 Staaten unterschrieben wurde - aber Deutschland und die NATO-Staaten insgesamt sind eben nicht dabei. Sie haben diese Initiative eines Atomwaffenverbots auf UN-Ebene abgelehnt, im Grunde genommen sabotiert. Stattdessen werden neue Super-Kampfflugzeuge als Bombenträger für solche Atomwaffen eingesetzt. Die Atomwaffenfrage ist ein wichtiger Aspekt der jetzigen Spannungen, der jetzigen Kriegsgefahr oder besser: der Kriegsausweitungsfahr - Krieg ist es ja schon. Darauf wollten wir nochmal besonders hinweisen.

Damit müssen wir uns auch weiterhin besonders befassen.

Klaus Dräger: Was macht der Ukraine-Krieg mit der EU?



Klaus Draeger war langjähriger Mitarbeiter der Linksfraktion im EU-Parlament, Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen. Er konnte aus gesundheitlichen Gründen leider nicht an der Tagung teilnehmen. Wir bedanken uns für die Zusendung des folgenden Textes, der so auf der Tagung von Peter Wahl (links) vorgetragen werden konnte.

1. Der Traum der EU von ‚strategischer Souveränität‘

Aufgeschreckt von der Politik des U.S. Präsidenten Donald Trump (Strafzölle für EU-Handels Güter, ‚Nato is obsolete‘, Unterstützung des Brexit usw.) erklärte die EU, von nun an eine eigenständige Weltmacht (militärisch, wirtschaftlich und handelspolitisch) auf Augenhöhe mit USA, Russland und China werden zu wollen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (UvdL) propagierte diese Vision mit den Stichworten: geopolitische Kommission, gemeinsame Armee der Europäer, strategische Souveränität der EU.

Strategische Souveränität sollte nicht nur auf militärischem Gebiet erreicht werden, sondern auch als globale Führerschaft bei Zukunftstechnologien (z.B. Chipfertigung, Big Data, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Plattformökonomie & Netzwerktechnik usw.).

Bei Aufrüstung und Militär hat die EU (PESCO, EU-Rüstungsfonds usw.) eher schleppend bescheidene Fortschritte erzielt. Weder dort noch bei den Zukunftstechnologien erreicht sie auch nur annähernd ein Niveau ‚auf Augenhöhe‘ z.B. mit den USA oder China. Die strategische Souveränität der EU ist eine bloße Fata Morgana.

2. Ukraine-Krieg: Dominanz der USA, EU als treuer Vasall

Der Überfalls Putins auf die Ukraine hat die NATO und den globalen Westen insgesamt hinter der U.S. Geostrategie erneut zusammenrücken lassen. Symbolisch dafür ist auch die Norderweiterung der NATO um Schweden und Finnland.

Während Frankreichs Präsident Macron wenige Jahre zuvor die NATO für hirntot erklärte, eine weitere EU-Osterweiterung ablehnte, eine eigenständige Gleichgewichtspolitik der EU ggü. Russland und ein ver-

stärkstes geo-politisch-militärisches Engagement in der Sahelzone (Mali u.a.) forderte, herrscht dazu jetzt betretene Stille in Paris (auch angesichts des Scheiterns der Mali-Operation und der früheren Sahel-Pläne).

Stattdessen entwickelt sich ein ganz anderes Szenario:

- die vorherigen Fragmentierungen in der EU (die ‚sparsamen Fünf‘, der EU-Süden, die osteuropäischen Visegrad-Staaten, die nur notdürftig zusammen gehaltene Führungssachse Berlin-Paris) bleiben unterschwellig bestehen und verknüpfen sich mit neuen;
- das deutsch-französische Führungsduo reiht sich völlig in die U.S. Geostrategie ein (Stellvertreterkrieg in der Ukraine zwischen Russland und Nato) – Frankreichs Regierung eher zögerlich, Deutschlands Ampel mit zunehmender Verve;
- U.S.Präsident Biden nutzt dabei die U.S. treuen Regierungen von Polen, Tschechien, der baltischen Staaten (und zunehmend auch Schwedens und Finnlands), um den Rest der EU vor sich herzutreiben und das deutsch-französische Tandem zu schwächen. Dies erinnert an die Strategie von U.S. Präsident G. W. Bush im zweiten Irak-Krieg, ‚New Europe‘ (EU-Osteuropa) gegen ‚Old Europe‘ (DE, FR) in seiner Koalition der Willigen in Stellung zu bringen;
- den angestrebten Energieboykott ggü. Russland wollen einige besonders von russischen Gas- und Öllieferungen abhängige EU-Staaten nicht mittragen – nicht nur Ungarn und Bulgarien, sondern z.B. auch Österreich und Italien;
- im östlichen Mittelmeer schrappt der Konflikt zwischen der Türkei und der griechischen Regierung um Erdogans Gebietsansprüche an einigen griechischen Inseln und Explorationsrechten von unterseeischen Gas- und Ölfeldern knapp an einer militärischen Konfrontation vorbei, das Kriegsgeschrei beider Seiten ist unüberhörbar.

EU-Außenkommissar Borell deutet unterdessen die vorherige EU-Vision radikal um: die ‚geo-politische Kommission‘ hat jetzt das Ziel, die ‚strategische Souveränität‘ der Nato und des Westens insgesamt zu stärken – nicht die einer eigenständigen EU. Ursula von der Leyen bemüht sich nach Kräften, mit blumigen Reden die Fragmentierung der EU zu kleistern. Doch offensichtlich ist: die eigenständige Steue-

rungs- und Handlungsfähigkeit der EU nimmt weiter ab, sie agiert als untergeordneter ergebener Vasall des US-Imperiums.

3. Flucht nach vorn zum GroßEUropa?

Bundeskanzler Scholz und Kommissionspräsidentin UvdL plädieren nun für einen ‚Big Bang‘: die Staaten des Westbalkans sowie die Ukraine, Moldau und sogar Georgien sollen zügig in die EU aufgenommen werden. Großbritannien und die Türkei wollen sie (und Macron) in eine lockere ‚geopolitische Gemeinschaft‘ an diese Projekt ‚GroßEUropa‘ anbinden.

Letzteres ist völlig utopisch, da das UK und die Türkei eigenständige und der EU entgegen gesetzte Agenden verfolgen. Selbst nach den wirtschaftspolitischen EU-Beitrittskriterien sind vor allem die Ukraine, aber auch die meisten anderen avisierten Osterweiterungs-Kandidaten dafür nicht gerüstet. Aber das zählt ja kaum noch, weil Geopolitik nun absoluten Vorrang hat.

Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble träumt von einem neuen EU-Führungstriumvirat (Deutschland, Frankreich, Polen) und einer ‚Vergemeinschaftung‘ der französischen und britischen Atomwaffenpotenziale. Andere Kommentatoren halten dies zu Recht für unrealistisch und fordern vermehrt eine eigenständige deutsche Atombewaffnung. Derzeit alles Wolkenkuckucksheim - zu all dem wird es wohl nicht kommen.

Das Projekt ‚GroßEUropa‘ deckt sich mit den bekannten Plänen der Nato zur Osterweiterung. Würde es realisiert (sehr unwahrscheinlich), würden mit der Ukraine, Moldau und Georgien die Kräfte innerhalb einer erweiterten EU gestärkt, die die US-Dominanz über Europa zementieren.

4. EU-China: Vom angestrebtem Freihandel zu wirtschaftlicher Entkopplung und offener Feindschaft

Selbst noch in 2020 wollte die EU auf Druck von Angela Merkel ein Freihandelsabkommen mit China abschließen – was nicht zustande kam. Bekannt ist, dass insbesondere das deutsche Kapital in China stark investiert ist und Deutschland der größte Exporteur von Waren (insbesondere Investitionsgüter wie Maschinenbau usw.) nach China ist.

Anders die U.S.-Regierungen: Sie setzten schon früh auf eine wirtschaftliche ‚Entkopplung‘ von China und streben eine globale Führungsrolle der USA bei den erwähnten ‚Zukunftstechnologien‘ an, um

den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas einzudämmen und zu zerstören. Militärisch flankiert z.B. von Obamas ‚Pivot to Asia‘-Strategie (US-Militärbasen im Indopazifik ausbauen, unter Biden das AUKUS-Bündnis), von Trump mit seiner Strafzoll-Politik ggü. China und vieles mehr. Devot beteiligte sich die Bundeswehr zunächst an U.S. geführten Manövern im Indopazifik und der südchinesischen See – als Demonstration der Entschlossenheit des globalen ‚Westens‘, China in die Schranken zu verweisen.

Inzwischen hat die Nato (Gipfel von Madrid 2022) China als ‚systemische Herausforderung‘ (= potenzieller Feind) eingestuft, komplementär zum U.S. ‚De-Coupling‘ ein militärisches Investitionsprogramm in punkto ‚Zukunftstechnologien‘ auf den Weg gebracht (DIANA - Defense Innovation Accelerator of the North Atlantic) usw. Biden fordert nun ‚präventive Wirtschaftssanktionen‘ des Westens gegen China. Insbesondere die deutsche Bundesregierung rätselt, wie sie das zwar verbal unterstützen, praktisch aber umschiffen kann. Die Debatte um einen Rückzug Deutschlands aus dem China-Geschäft ist schon seit einiger Zeit heftig im Gang. Und die Ampel ist bereit, sich dem Druck von Biden zu beugen.

Was macht die ‚andere Seite‘?

Es zieht eine neue globale Blockkonfrontation herauf: der globale ‚Westen‘ gegen den Rest der Welt. Antipode zum Westen ist der vielleicht entstehende ‚eurasischer Block‘ unter Führung Chinas (mit Russland als Energie-, Rohstoff- und Waffenlieferant im Schlepptau). Russlands BIP ist kleiner als das von Italien. China und Russland sind der Kern eines potenziell erweiterten eurasisch/global südlichen Blocks, der noch sehr heterogen ist. Ja, es gibt die BRICS, die Shanghai Cooperation Organization (SCO) etc. mit der inzwischen auch Erdogan liebäugelt) und ihre Pläne. Die chinesische Führung will es sich mit dem Westen nicht völlig verderben, und die anderen (‚progressive‘ Regierungen in Lateinamerika, afrikanische Regimes) auch nicht. Sie spielen auf Zeit, um ein alternatives Finanz-, Handels- und Investitionsregime zum globalen ‚Westen‘ aufzubauen und den bereits jetzt verheerenden Folgen des westlichen Sanktionsregimes zu entkommen. Für Erdogans Türkei, Saudi-Arabien, Katar, Iran, Indien (und vielleicht auch Israel) erweitern sich die Spielräume, eigenständige ‚regionale‘ Strategien zu verfolgen (die alle schlecht und konterrevolutionär sind).

5. Westliche Sanktionspolitik, globaler Wirtschaftskrieg: Blowback

Bekannt ist, dass die Sanktionspolitik vor allem im globalen Süden jetzt schon schlimmste Auswirkungen hat (zunehmende Lebensmittelknappheit, Energiepreissteigerungen usw.). Dies ist auch in der EU zu spüren (aber weniger in den USA). Leidtragende sind die Lohnabhängigen und Armen: Verlust von Kaufkraft durch hohe Inflation, drohender Verlust von Arbeitsplätzen durch Unternehmens-Insolvenzen – das muss ich hier wohl nicht weiter ausführen. Das ist das soziale ‚Blowback‘ dieser Sanktionspolitik, die z.B. den Normalbürgern der EU bis weit in die sog. ‚Mittelschicht‘ hinein mehr schadet als Putins Russland.

Zu Recht wird von vielen Seiten darauf hingewiesen: die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels werden dadurch zurück geworfen (LNG Flüssiggas-Importe aus USA/Katar, Verlängerung der Kohlenutzung und AKWs). Der EU Green Deal und auch Bidens's Programm in den USA sind völlig unzureichend, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, und werden durch diese Sanktionspolitik zeitlich in den Hintergrund geschoben.

Die globalen ‚Poly-Krisen‘ (Pandemie, Flüchtlingsströme, Rezession u.v.m.) werden dadurch eher verschärft:

- eine neue (globale) Wirtschafts-Rezession wird allseits erwartet; wie tief diese ausfallen könnte, ist umstritten;
- die Politik der wesentlichen Zentralbanken (z.B. US-Fed, Bank of England, EZB) ist mit ihrem Kurs auf Zinserhöhungen Krisen verstärkend. Die Inflation wird im Wesentlichen von höheren Energiepreisen getrieben, und nicht von einer Lohn-Preis-Spirale von den Gewerkschaften. Dagegen können allgemeine Zinserhöhungen wenig ausrichten (vielleicht selektive sektorspezifische Preiskontrollen);
- es droht vielleicht eine neue Eurokrise, weil Finanzmarktakteure hoch verschuldete Euro-Staaten des EU-Südens (nach all den Pandemie- und sonstigen Stützungsprogrammen, die sie unternahmen) erneut ins Visier nehmen. Auch ‚politisch‘ – falls z.B. Georgia Meloni (von der faschistischen Formation ‚Brüder Italiens‘) Ministerpräsidentin dieses Landes als Frontfrau eines Rechtsblocks mit Berlusconi & Salvini würde. Dann würden sich die Zinsaufschläge für Staatsanleihen (spreads) für Italien (und vielleicht andere Südländer) wie in der Griechenland & Eurokri-

se zuvor erhöhen. Ob die EZB ein geeignetes Instrumentarium am Start hat, um dies alles einzudämmen und die schwelende Eurokrise weiter wie bisher unter dem Deckel zu halten, sei dahin gestellt.

Über all das kann mensch derzeit nur spekulieren. Es gilt die alte Bergmannsweisheit: ‚Vor der Hacke ist es duster‘.

6. Widerstandspotenziale: komplexe Probleme für eine emanzipatorisch orientierte Linke

Es gibt durchaus Widerstand in der EU gegen den sozialen Blowback der Sanktionspolitik. Siehe die 70 000, die in Prag demonstrierten; angekündigte Aktionen der Gewerkschaften gegen Kaufkraftverlust & Arbeitsplatzabbau in IT, FR, DE usw. Und das ist gut so. Der ist allerdings defensiv - gegen die Folgen der multiplen Krisen. Wie auch die Proteste von Öko-Bewegungen (Fridays for Future usw.), zur Flüchtlings-Politik und andere. Diese sind sich untereinander nicht wirklich grün - und angesichts der Schwäche der Friedensbewegung und der EU-radikalen Linken (und ihres internen Streits pro & contra Waffenlieferungen) kommt da noch einiges hinzu. Das Widerstandspotenzial ist sehr fragmentiert.

'Konvergenzen/Verbindungen' zwischen diesen Anliegen und Kämpfen zu finden - am besten auf Basis einer im Kern 'ökosozialistischen Programmatik', ist leichter gesagt als getan. Das ist nochmals einen Versuch wert. Was anderes bleibt uns ja nicht übrig - trotz 'Pessimismus des Verstandes' (Gramsci). Frei nach Hannes Wader: ‚Trotz alledem und alledem‘ ... (*orig. A Man's a Man for A' That, Robert Burns/ Ferdinand Freiligrath, 1843 → Karl Liebknecht, 15.01.1919; red.*)

Persönliche Schlussbemerkung:

Um mögliche Missverständnisse zu vermeiden: Ich bin seit langem Ökosozialist, lehne jedwede militärische und wirtschaftliche Großmachtspolitik von wem auch immer (USA, Russland, China, EU usw.) ab. Die erwähnte EU-Strategie zur ‚strategischen Souveränität‘ habe ich stets scharf kritisiert, und tue es heute noch. Mein Anliegen ist derzeit in erster Linie, eine ‚konkrete Analyse einer konkreten Situation‘ bei zu steuern.

Francisco Mari: Der globale Süden in der Weltkrise

Bericht von Reinhard Frankl, BAG GuK



Francisco Mari arbeitet bei „Brot für die Welt“ (BfdW) in der Politikabteilung vor allem zu Welternährungsfragen. Dankenswerterweise hat er einen Vortrag unter dem Titel „Der Globale Süden in der Weltkrise. Klima, Ernährung, Interventionskriege“ unserer Tagung zugesagt und gehalten. Seine einleitende Anmerkung, dass er die generellen Aussagen vom Vorabend in Bezug auf die Rolle Russlands nicht teile und ihn eine angeblich fehlende Empathie sprachlos mache, will ich nicht kommentieren. Der Veröffentlichung einer eventuellen Video-Aufzeichnung seines Vortrages hat er nicht zugestimmt. Deshalb hier ein zusammenfassender Bericht, gerade weil seine Analysen und ausgeführten Einschätzungen genau das unterstreichen, was über die einseitigen Schuldzuweisungen in Bezug auf die Rolle „Putins“ in der aktuellen Weltkrise vonseiten der Referenten gesagt wurde.

Einverstanden zeigte sich Mari allerdings mit der im Laufe der Tagung aufgestellten These, der Ukraine-Krieg habe die Welternährungskrise möglicherweise verschärft, aber nicht verursacht.

Er wies darauf hin, dass die Preissteigerungsentwicklung für Getreide wie für Energie bereits in der Erholungsphase nach den starken Handels-Einschränkungen durch die Pandemie-Maßnahmen einsetzte.

„Auch in der heutigen Agrarindustrie sind Öl- und Gas leider das fundamentale Lebenselixier.“ führte er weiter aus. Inzwischen fräßen hohe Lebensmittel- und Energiepreise an die 80 statt früher etwa 60 Prozent der Haushalts-Einnahmen im globalen Süden auf.

Die Zurückhaltung des globalen Südens bei der Unterstützung der Sanktionspolitik gegen Russland sei vergleichbar mit dem Desinteresse hier z. B. am Sterben im Kongo. Er fragte: *„Wo bleiben Attac-Proteste zu den 12 Millionen Menschenopfern im Laufe der letzten 20 Jahre dort? Oder zu den Opfern im Jemen?“*

Was hat sich anders entwickelt?

Zur Frage, was sich anders entwickelt hat in den letzten Monaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Vergleich zu den Monaten davor, stellte Francisco Mari fest:

Es gab nach der große Weltwirtschaftskrise relative Entwicklungsschritte auf dem afrikanischen und teilweise im Süden des asiatischen Kontinents. Sie sind durch die einschneidenden Pandemie-Maßnahmen zum Erliegen gekommen. Gerade Afrika hatte sehr schnell sehr harte, „brutale“ Lockdown-Maßnahmen getroffen. Der Mangel an Kredit-Möglichkeiten ließ keine schnell nachholende Entwicklung zu. *„Man konnte Produkte nicht einfach später kaufen oder verkaufen sondern da fielen monatelang Einnahmen einfach weg. Viele Betriebe mussten aufgeben. Bis heute sind sie nicht wieder auf dem Markt. Und es musste sehr viel Geld ausgegeben werden, als die Lockdowns dann wieder aufgehoben wurden, für Importe von Nahrungsmitteln, die mangels Transportmöglichkeiten in die Städte gebracht werden konnten.“* Die Länder konnten sich noch nicht auf den Stand vor der Pandemie entwickeln. Viele Geld- und Kreditgeber wie z. B. auch China ziehen sich immer mehr zurück. Auswirkungen waren z. B. in Sri Lanka zu sehen: *„Wenn Staatsverschuldung gegenüber China wieder eingetrieben wird, ist das politisch ein gefährliches Spiel, in das die Staaten sich selbst reingebracht haben.“*

Als große Enttäuschung bzw. sogar ein Trauma in der afrikanischen Bevölkerung nannte Mari „unseren“ Umgang mit den Vaccinen gegenüber den Ländern des Südens. Die Pharma-Konzerne weigerten sich, die Patente zur Produktion von Impfstoffen freizugeben unter Inkaufnahme von möglichen Millionen von Toten, alleine wegen der

Aussicht auf entgehende Milliardenprofite. Auch wenn es keine große pandemische Situation und diese hohen Pandemie-Opferzahlen gegeben hat, die Tatsache der Solidaritätsverweigerung hängt den Menschen wie den Regierungen dort nach. Deshalb jetzt die Reaktion von dort bei der Forderung nach „Solidarität mit der Ukraine“ vonseiten des Westens: *„Wo bleibt denn eure Solidarität mit uns? ... Dann macht doch euren Krieg mit der Ukraine wie ihr wollt und bezieht uns da bitte nicht mit ein!“* So sei auch die Rede von Macky Sall, Vorsitzender der Afrikanischen Union, auf der UN-Sitzung am 20. September 2022 gewesen: *„Wir wollen uns da nicht reinziehen lassen, wenn wir schon nicht einmal mitbestimmen dürfen, weil wir noch nicht einmal einen Sitz im Sicherheitsrat haben. Und: Wir wollen auf keinen Fall mit dazu beitragen, dass es zu einer neuen Blockkonfrontation kommt.“* Es gab ja sogar den Ruf nach einer neuen Hallsteindoktrin im Tagesspiegel nach Bestrafung jener Länder, die nicht dem „Antrag auf Solidarität mit der Ukraine“ zugestimmt haben. In der WTO habe sogar nur noch ein Land dem „Antrag auf Solidarität“ zugestimmt, also ein Ergebnis *„noch negativer für die Ukraine“* als das in der UNO. Obwohl die negativen Auswirkungen des Ukraine-Krieges in den Ländern spürbar seien. Sie trafen natürlich vor allem das Einflussgebiet, wo es überhaupt wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und/oder der Ukraine mit dem globalen Süden gibt. *„Und das ist zum Glück nicht so groß“*, so Mari. *„Nur zwei Prozent dessen, was die Entwicklungsländer (China ausgenommen) importieren, kommen aus Russland/Ukraine. ... Das ist vor allem Energie - gar nicht so viel, Gas spielt kaum eine Rolle - und Getreide. Bei 25 Milliarden Importe kommen 50 Millionen aus Russland, 7 Millionen aus der Ukraine. Es ist nicht so, dass die ausbleibenden Exporte aus Russland zu einem großen wirtschaftlichen Schaden führen. Was die Getreide-Exporte angeht, die haben durchaus Einfluss.“* Aber: Die sofortigen Preisexplosionen nach dem 24. Februar bei Gas und Öl wie bei Getreide wären eine reine Spekulationsblase. Mit dieser Analyse zögen sich Mari und seine Kollegen auch den Vorwurf „Putinverstehler“ zu. Mari berichtete, dass der Derivathandel auf dem Gebiet des Getreidehandels innerhalb von Minuten hochschoss. *„Da haben viele gedacht, jetzt kaufen wir für 300 ein und können das für 450 in sechs Monaten verkaufen. Manche haben 700 Prozent mehr Handelsvolumen gehabt, es gab viel mehr Händler, die aufs Parkett gestürmt sind obwohl es eine europäische Finanz-Richtlinie gibt, die so etwas verbietet.“*

Weltbank, IWF und ihre Strukturanpassungsprogramme

Viele Länder seien sehr erschrocken. Länder, die darauf angewiesen sind, nicht im Februar, aber zukünftig Weizen kaufen zu müssen und vor allem Länder, die keine Lagerhaltung haben wie z. B. der Libanon (Explosion der Silos im Hafen von Beirut), Tunesien etc. Viele Länder hätten auch deshalb keine Lagerhaltung, weil die Weltbank schon vor 10/15 Jahren staatliche Lagerhaltung als „unangemessene staatliche Ausgaben“ verboten hat, um eben mit staatlichen Ausgaben die Schuldenverpflichtungen gegenüber der Weltbank erfüllen zu können. Diese berühmt berüchtigten Strukturanpassungsprogramme fielen den Ländern jetzt auf die Füße. Sie mussten auf dem Spotmarkt einkaufen, konnten das natürlich wiederum natürlich nur mit Krediten von der Weltbank, die wieder zurückbezahlt werden müssen. Viele dieser Staaten haben mit den Pandemie-Maßnahmen – trotz schneller Aussetzung der Tilgungszahlungen durch IWF und Weltbank - und jetzt auch mit den geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten des Krieges ihre Verschuldung rasant erhöht.

Verhungern die Menschen wegen des Krieges?

Zu den Forderungen, den geernteten Weizen aus der Ukraine heraus zu holen oder selbst mehr zu produzieren, merkte Mari an: *„Das war etwas, wo wir uns natürlich dagegen gewehrt haben, weil wir bis heute davon ausgehen, es gibt keinen Weizenmangel. Es gibt ein Preisproblem!“* Deswegen würden Maßnahmen gebraucht, die den Preis dämpfen. Dazu dienten nicht die Maßnahmen, wie sie z. B. vom Bauernverband und der Agrarindustrie gefordert werden, nämlich ökologische Anbauflächen, die für die Biodiversität wichtig sind, freizugeben, um noch einmal mehr Weizen zu produzieren. Brachflächen gäben ohnehin nicht viel Weizen her. Die Forderung nach mehr Menge greife auch deshalb nicht, weil die Aussaat erst im Herbst erfolgt und die Erträge erst im kommenden Jahr und eben nicht sofort greifbar sind. Auch da gäbe es großen Streit mit der Regierung, was die Darstellung als Mengenproblem angeht, denn die G7-Staat produzieren insgesamt doppelt so viel Weizen wie Russland und Ukraine zusammen genommen. *„80 Prozent dieses Weizens werden in Deutschland verheizt oder verfüttert!“* Zumindest der Futterweizen genüge qualitativ auch der Brotproduktion und könnte leicht eingelagert werden für den Fall, dass es tatsächlich zu einer Mengenkrise käme. *„Auch Ägypt-*

ten und andere Länder haben gesagt, ja, wir würden das machen. Das verweigern natürlich Agrarpolitik und -wirtschaft, denn sie wollen keinen Rückgang des Fleischkonsums.“ Der Anteil von Weizen und Mais, der zu Benzin verarbeitet werden soll, wurde in den USA verdoppelt, um den ohnehin niedrigen Benzinpreis dort nochmal zu drücken. Dagegen versuche sich BfdW zu wehren.

Der Krieg, mögliche Lösungen und tatsächliche Motive

Die Mengenerhöhung von Getreideanbau ist danach nicht die Lösung der Hungerkrise. BfdW versuche vielmehr, den Agrarkonzernen, die Märkte wegzunehmen, indem es die Bedingungen für die Steigerung lokaler Produktion fördert, z. B. mit der Nutzung lokaler Getreidesorten wie Hirse statt Weizen und mit anderen Nahrungsmitteln, die durch den billigen Weizen verdrängt wurden. *„Brot für die Welt heißt nicht, dass alle Welt Brot essen soll“*, betonte Mari. Die meisten Menschen äßen ohnehin Reis oder andere Produkte. Er hob die Empfehlung der Weltbank an diese Länder hervor, so viel wie möglich für den Export zu produzieren, damit sie die Produkte vom (europäischen) Weltmarkt importieren können. Er bezifferte das Handelsbilanzdefizit dieser Länder durch die Differenz aus 50 Milliarden Gewinn aus den Verkäufen von Bananen etc. und 40 Milliarden Ausgaben für den Einkauf von Nahrungsmitteln aus Europa etc. Bei der derzeitigen Preissteigerung heißt das aber, sie bekommen für ihre Produkte nicht mehr, müssen aber mehr für die Importe bezahlen.

Diese Entwicklung versuche BfdW zu durchbrechen und die Länder zu stärken, ihre heimische Nahrungsmittelproduktion unabhängiger zu machen. Beispiel Indien: Indien habe es geschafft, in 15 Jahren die eigenen Bauern mit Subventionen dazu zu bringen, dass sie so viel Weizen produzieren, dass es für die Ernährung der eigebe sich Indien unabhängig von den massiven Importen aus den USA gemacht. Mari: *„Nicht schwer vorzustellen, wer in der WTO gegen diese Maßnahmen vorgeht!“* Das Versprechen, 7 Millionen Tonnen Weizen zum Ersatz der ausgefallenen Lieferungen aus der Ukraine zur Verfügung zu stellen, musste Indien angesichts der großen Dürre wieder zurücknehmen. Dafür wurde Indien beim G7-Treffen – vorneweg von Herrn Cem Özdemir - *„fürchterlich geprügelt“*. Im Westen aber würden 60 Prozent des Weizens verheizt und als Bio-Sprit verfahren. *„Dies zeigt, dass vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges versucht wird, Dinge*

durchzusetzen, die dazu dienen, die Märkte der G7-Staaten zu konsolidieren und die Abhängigkeit der Länder – gerade auch von ukrainischem Weizen - zu verstärken“ - Und das nicht zuletzt über das von US-Amerikanern gegründete Welternährungsprogramm, das den sicher hochqualitativen ukrainischen Weizen empfehle. „Der muss jetzt für den doppelten Preis auf dem Weltmarkt gekauft werden.“ Richtig sei aber auch, dass der überwiegende Teil des ukrainischen Weizenhandels nicht mit armen Ländern stattfindet. Und auch dort werde der Weizen oft nur für „Luxusprodukte“ verwendet, weil das Grundnahrungsmittel z. B. Reis ist. Über zwei Drittel des ukrainischen Weizens gehe in Europa in die Futterwirtschaft. Das Argument der Ukraine als „Kornkammer Europas“ zieht nach Darstellung Maris längst nicht mehr wie im früheren Maße. Insgesamt begrüße BfD das Istanbul Abkommen über die Wiederaufnahme von Weizenlieferungen und kritisiere „Weizen als Waffe Putins“. Wie gesagt, nicht wegen der Mengen, sondern wegen der unmittelbaren Wirkung auf Spekulation und Preissteigerung.

Fazit

Francisco Mari: „Die Menschen im globalen Süden, die an der Ernährungsfrage leiden, leiden unter den hohen Preisen - vor allem für Energie. Die heutige industrielle Landwirtschaft stützt sich vor allem auf Dünger. Und dessen Herstellung braucht sehr viel Energie, ebenso wie der Maschineneinsatz, die Lagerung, die Kühlung und der Transport. Der Anteil der Energiekosten bestimmt etwa zu 70 Prozent den Weizenpreis.“ - ein weiterer Antrieb, den Anbau noch viel weiter auf agrarökologische Methoden umzustellen, was auch die Frage des (hybriden und immer wieder zu erneuernden) Saatgutes betrifft.

„Brot für die Welt kämpft langfristig dafür, dass sich die Länder des Südens durch Steigerung der nationalen Produktion von Nahrungsmittelimporten unabhängig machen. Bei den derzeitigen Weizenpreisen ist es aber hilfreich, dass Schiffe aus der Ukraine in Tschibuti gelandet sind, damit von dort Weizen nach Somalia und Äthiopien gebracht werden kann. Brot für die Welt hofft deshalb, dass das Weizenabkommen mit Russland hält.“

Lucas Zeise: Systemische Triebkräfte. Ökonomie – Ressourcen – Sanktionen als Waffe



Lucas Zeise, Publizist, war Autor des Börsenblatts und dann Mitbegründer der Financial Times Deutschland. Er ist heute noch Kolumnist bei „junge welt“ und hat einen Beitrag zu diesem Themenkomplex geschrieben für das Buch von W. Gehrke und Chr. Reimann (Hg.): „Ein willkommener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine.“, papyrossa, September 2022,.

In seinem Beitrag zu unserer Tagung ging er zunächst auf die Frage ein: Wie kam es zum Krieg in der Ukraine? – Er sprach Russlands globalstrategische Bedeutung an, seine Bevölkerungszahl, seine herausragende Flächengröße, seinen Rohstoffreichtum. In den Jahren der Jelzin-Regierung waren die US-Berater dominierend für die russische Wirtschaftspolitik, ein Crash der russischen Ökonomie war das Resultat dieser Jahre. Der Präsidentschafts-Nachfolger Wladimir Putin setzte sich gegen diese selbstzerstörerische Phase des russischen Kapitalismus ein und bewirkte eine Stabilisierung des Landes sowie die Entwicklung eines funktionierenden Staatsapparats - durchaus nach westlichem Modell. Der entscheidende Crash zwischen US- und russischer Regierung entstand, so Lukas Zeise, aus der Entmachtung und Inhaftierung des russischen Oligarchen Michail Chodorkowski, der

wesentliche Teile der russischen Erdölindustrie entgegen den Absprachen mit der Regierung an EXXON verkaufen wollte. Hier der zweite Teil des Vortrag in einer redaktionell überarbeiteten Transkription:

Interessen und Krieg

Im Putsch 2014 ging es eigentlich um die Frage eines Assoziierungsvertrags der EU mit der Ukraine. Der wurde von dem damaligen Präsidenten der Ukraine Janukowitsch kurz vor Schluss gekündigt. Vorausgegangen waren schon die Auseinandersetzungen innerhalb der NATO und auch der EU, ob man die Ukraine stärker anbinden sollte – natürlich, aus Sicht der EU, aus Sicht Deutschlands war die Anbindung der Ukraine keine richtig angenehme Option – es ist ein großes Land mit Riesenproblemen. Es hätte als sehr armes Land ein enormes Stimmgewicht in der EU, das würde die ohnehin problematische Gesamtsituation in der EU verschärfen und vor allem mit enormen Kosten verbunden sein. Es ging um billige Arbeitskräfte – da braucht es keinen EU-Assoziierungsvertrag. Die Ukraine ist also auch kein Markt, der enorm interessant ist, bis auf einige Industrieanlagen und einige Unternehmen wie die Antonow-Flugzeugwerke. Die deutsche Haltung zu Russland ist aber stark von den Rohstoffinteressen geprägt, wie wir ja jetzt vorgeführt bekommen. Vielleicht noch ganz kurz über den Plan, Pipelines aus Sibirien bis nach Westdeutschland zu bauen. Der ist in den 60er-Jahren entstanden, unter Beteiligung der Größen des deutschen Kapitals. Die Deutsche Bank war führend bei der Finanzierung und auch bei Aushandlung dieses Deals – es ging zunächst um Öl, im zweiten Schritt um Gas. Es ist über alle Regierungen seit 1969 ein Kernpunkt der Politik gegenüber Russland gewesen – zuverlässiger Partner, absoluter Gegner militärischer Art und auch ideologischer Art, aber im ökonomischen Sinne ist das glänzend gelaufen. Vorteil vor allem: russische Energieträger sind billig. Das Gas wird ja über Pipelines geliefert - unendlich viel billiger als über diese neue Technik, Gas zu verflüssigen und auf Tanker zu verbringen. Diese Technik gab es früher nicht, man war auf Pipelines angewiesen. Wer solche Pipelines nutzen kann, hat gewonnen, und man kann wirklich feststellen, dass die deutsche Industrie einen wesentlichen Vorteil gegenüber vielen Konkurrenten hatte, dass sie über Energie verfügte, die ähnlich billig ist, wie die USA, aber viel billiger als z.B. Japan, das viele Atomkraftwerke bauen muss. Diese billige Energie, neben der

sehr guten und billigen Arbeitskraft, die Deutschland auch hat, ist einer der richtig großen Wettbewerbs-Vorteile.

Der Handel wurde ja nicht nur von der Deutschen Bank abgewickelt, sondern es wurde dafür die Ruhrgas AG gegründet, später von dem Konzern VEBA, der späteren EON übernommen und dann als UNIPER abgespalten und vom finnischen Konzern FORTRUM zum größten Teil aufgekauft. Es ist bekannt, dass UNIPER wieder staatlich werden soll, was ja auch positive Aspekte hat.

Russische Rohstoffe

Für die USA sind die Rohstoffe in Russland nicht bedeutend. Sie sind interessant, wenn man über sie verfügt, so wie es interessant ist, wenn man über die Rohstoffe im Irak verfügen kann. Das ist etwas anderes, aber sie sind nicht für die nationale Volkswirtschaft der USA bedeutend. In der jetzigen Phase ist Russland v.a. Konkurrent auf dem Rohstoffsektor – das ist von den ökonomischen Grundtatsachen her eine ganz andere Herangehensweise, als es die deutsche Regierung hat,. Das erklärt ein Interesse der USA, die Kontrolle über Russland zu übernehmen – Brzezinski stellte sich nicht vor, dass man Russland noch zerlegen könnte in verschiedene Teile - was sich zunächst anbietet: die kleinen Teile selbständig zu machen, und der eigentlichen Russischen Föderation als US-Vorposten entgegenzustellen. Dieser Zustand ist mit der Ukraine erreicht. Das ist aus Sicht der USA erfreulich, und dieses Spiel ist nicht zu Ende – man kann sagen, 2014 ist diese Regierung durch Poroschenko, jetzt Selenskyj, wirklich ein Vorposten der USA geworden und damit sehr nützlich. Auch damals 2014 haben Deutschland und Frankreich eine ähnliche Politik gemacht –Steinmeier war damals als Außenminister ja auch auf dem Maidan. Man fragt sich, was ein deutscher Außenminister auf dem Platz der Hauptstadt eines fremden Landes zu suchen hat, um dort gegen die Regierung zu demonstrieren und an die Teilnehmer zu appellieren, weiter zu machen. Insofern war die Bundesregierung auch dabei, aber es war ja auch erkennbar, dass die Strategie der USA und die der EU damals unterschiedlich waren. Victoria Nuland, die im Außenministerium der USA beschäftigt war, hat den bekannten Ausruf getan: „Fuck the EU!“ – die USA hatten ihren Worten zufolge fünf Mrd. US-Dollar in diese Aufstandsbewegung gegen Herrn Janukowitsch investiert – alles zu einem „guten Zweck“. Die EU hat dann das Minsker Abkommen abge-

schlossen mit Moskau und der neuen Kiewer Regierung, während die USA nicht beteiligt waren. auch nicht als Vermittler, sondern haben ihre eigene Politik weiter verfolgt. Ergebnis war, dass die Ukraine ihren Krieg gegen den Donbass nachdrücklich unternommen hat und daran auch nicht gehindert wurde. Das Interesse der EU war Assoziierung der Ukraine, aber sie nicht ganz in die EU aufzunehmen und vor allem sicherzustellen, dass das Gas weiter durch die Röhren fließt. Das ist eigentlich das primäre Interesse Bis zum Ende der Regierungszeit von Frau Merkel hat die Regierung tatsächlich einiges getan, um zu ermöglichen, dass das Gas weiter fließt.

Öl, Gas und Profit

2021 startete die Inflation in diesem Land, eindeutig vor dem offenen Kriegsausbruch. >Es war damals schon klar, dass die Inflation getrieben wurde von dem Zugang zu energetischen Rohstoffen. Der Ölpreis spielt seit langem eine wichtige, entscheidende Rolle für das Preisniveau überhaupt, weil es als Ware überall gebraucht wird – das wird ja in den Zeitungen überall vorgebetet und ist auch tatsächlich der Fall. Der Ölpreis ist wirklich ein Eckparameter für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Er folgt normalerweise der Konjunktur der Weltwirtschaft – nicht Volkswirtschaft, sondern Weltwirtschaft: wenn sie wächst, steigt der Ölpreis, ist sie schwächlich, fällt er. Das gilt als ganz allgemeine Grundregel, die von der Nachfrageseite her kommt. Aber der Ölpreis hat selbstverständlich auch eine Determinante, und das ist die Angebotsseite Die ist sehr viel schwankender. 2021 stieg der Ölpreis, weil die Weltwirtschaft sich erholte. Die Corona-Rezession, in die die meisten Länder der Weltwirtschaft hineingekommen waren, war eigentlich vorbei. Sie hatte ihren Tiefpunkt Anfang 2020, da setzte sie ein, da war das an der Börse am stärksten zu spüren Ind es war am Ölpreis am stärksten zu spüren. Die Angst vor einem tiefen Einbruch führte dazu, dass an einem Tag im März 2020 der Ölpreis – glaube an der Houston-Börse – auf Null oder unter Null abgesunken ist, das heißt, es wurde noch etwas drauf gezahlt, wenn man nur einige Tonnen Öl abnehmen würde. Also das war der absolute Tiefpunkt. 2021 fing der Preisanstieg an. Das hing, wie gesagt, mit der sich belebenden Konjunktur nach der Corona-Baisse zusammen. Auf der Angebotsseite ist in den letzten 10-15 Jahren mehr Öl produziert worden, v. a. durch die USA, die ja das Fracking entwickelt hatten und damit zu ei-

nem der drei größten Erdölproduzenten der Welt aufgestiegen sind: Saudi-Arabien, Russland, und jetzt die USA – mit ungefähr ähnlich großen Mengen. Das Öl wird in den USA selbst zum großen Teil verbraucht, aber es hat den enormen Vorteil gehabt, dass die Leistungsbilanz wie die Zahlungsbilanz der USA, die über viele Jahre hinweg immer noch negativ ist, aber eingeschrumpft ist. Die USA haben die Produktion erhöht – vermindert haben andere, und zwar auf Betreiben der USA: das sind die zwei großen Erdölförderländer Irak und Libyen, die mit Krieg überzogen worden sind, was nicht zum völligen Erliegen der Ölproduktion dort geführt hat. Aber die sind zersplittert, manchmal hörte die Produktion ganz auf – in Libyen herrscht im Moment Bürgerkrieg. Die Ölproduktion wurde eingeschränkt. Der Verkauf haben ist noch mehr gesunken. Zwei ebenso große Förderländer sind Venezuela und Iran. Durch Sanktionen wurden beide Länder daran gehindert, ihr Öl frei zu verkaufen. Man kann sagen, das Angebot an Öl wurde weltweit durch die Eingriffe der USA in diese Länder vermindert. Dies führte 2021, als die Weltkonjunktur wieder anzog, zu einem wirklich kräftigen Anstieg des Ölpreises etwa auf das Niveau, wie in der Weltfinanzkrise 2007/2008, also etwa 130 US-Dollar pro Barrel.

Noch eine kurze Anmerkung zu diesem Themenkomplex: Der Grund für das Interesse der USA an einem relativ hohen Ölpreis ist die heimische Fracking-Industrie. Sie produziert Öl sehr viel teurer als in anderen Gegenden der Welt, sogar noch teurer als Nordsee-Öl. Aber wenn man das mit Saudi-Arabien vergleicht: Dort liegen die Förderkosten bei einem bis zehn US-Dollar, in den USA bei 50 bis 55 US-Dollar pro Barrel. Am liebsten wäre den USA wahrscheinlich ein Preis von 60-70 US-Dollar, damit könnten sie recht gute Gewinne machen. Als Biden kürzlich gesagt hat, er gibt aus der Ölreserve ab, um den Weltmarkt-Ölpreis auf 130 herunterzusenken, fügte aber hinzu, wenn er auf 80 US-Dollar gesunken ist, dann kaufen wir wieder, damit der Preis auch stabil bleibt.

Raubzug

Die russische Invasion erfolgte am 24. Februar, zwei Tage später beschließen die versammelten Vertreter der westlichen Staaten, die es in der NATO, der EU, und auch sonst irgendwo gibt, z. B. Japan, ein umfassendes Sanktionsprogramm gegen Russland, wegen dieses An-

griffs. Sanktionen gegen Russland sind ja nichts Neues , aber die Details sind reichhaltig. Wirklich neu und wirklich einschneidend war nicht das Abknipsen der Banken durch den Ausschluss vom SWIFT, sondern die Enteignung des russischen Staates, also die Reserven der Zentralbank in den USA und im gesamten Euro-Raum einfach einzufrieren. Das heißt, Russland hatte zu dieser Zeit etwa 630 Mrd. US-Dollar an Währungsreserven, 300 Mrd. davon befanden sich bei den Zentralbanken der Euro-Länder und der USA gemeinsam. Sie wurden von einem Tag auf den anderen enteignet. Das war ein richtig sensationeller Raubzug, und die Presse konnte gar nicht genug hervorheben, wie geschickt und schlau das war, dass man Kontoguthaben der Russischen Zentralbank einfach streicht. Die deutsche Bundesbank und die Banca d'Italia haben einfach die Guthaben der Russischen Zentralbank von einem auf den anderen Tag gestrichen! Die Hoffnung war, man werde Russland in den Ruin treiben, wie Frau Baerbock sich ausdrückte. Die anderen Beteiligten waren da genauso deutlich. Die Hoffnung war ausdrücklich auch, dass Russland nicht mehr in der Lage sein würde, ohne dieses Geld seinen Krieg in der Ukraine zu führen. Das hat sich natürlich als Unsinn erwiesen, denn das russische Militär ist am allerwenigsten auf Devisen aus dem westlichen Ausland angewiesen, sondern das ist eine Rubel-Veranstaltung. Die Gehälter für die Offiziere und die Dienstgrade werden in Rubel bezahlt, und die russische Rüstungsindustrie ist eine vor allem heimische Industrie, eine der größten der Welt.

Normal ist im Sommer der Gaspreis niedrig, jetzt war er richtig satt hoch, ungefähr das 20fache des Niveaus, das vor dem Krieg oder im Herbst letzten Jahres gegeben war.

Ich bin auf Nordstream 2 noch gar nicht eingegangen, ich weise nur darauf hin, dass das selbstverständlich genau widerspiegelt, dass die USA ein Interesse daran haben, Nordstream 2 auszuschalten, und dass das deutsche Interesse eindeutig darin besteht, das Gas zu verwenden. Das Gas ist nach wie vor das billigste, was hier zu haben ist.

Sanktionen


Die Sanktionen sind zu großem Teil wirkungslos – die russische Wirtschaft leidet natürlich darunter, aber nicht in dem Sinn, dass es auch den Krieg besonders behindert. Die Sanktionen sind allerdings sehr wirkungsvoll in Deutschland, sie sind auch wirkungsvoll im übrigen

Europa, auch weltweit, da die Preise für Öl weltweite Preise sind. Insofern schaden sie in großem Maße der Bevölkerung. Die Inflation steigt wahrscheinlich im nächsten Jahr in einen zweistelligen Bereich (*das war wenige Tage bevor die zweistelligen Zahlen für September veröffentlicht wurden, red.*). Dazu kommt, dass wahrscheinlich eine ganze Reihe von Firmen Pleite gehen werden und entsprechend die Lage wirklich miserabel sein wird. Die Rezession wird von allen vorhergesagt. D. h. die Inflation verursacht den Rückgang der Kaufkraft der Leute. die Nachfrage sackt ein, und das wird am Ende die Inflation auch wieder beenden. Wenn die Nachfrage so stark sinkt, dann reicht auch, das übrige Angebot zu machen.

Klaus Ernst war - glaube ich - der erste, der im Bundestag gesagt hat, man müsse doch Nordstream 2 wieder aufmachen – scheint mir der Tendenz nach genau die richtige Formel zu sein. Wenn man Sanktionen macht, dann muss man sie aber auch dazu verwenden, um den Konflikt zu lösen, man muss dann doch wenigstens Herrn Putin, wenn man schon auf dieser Ebene agieren will, sagen „wir würden die Sanktionen auch wieder zurücknehmen, vielleicht diese oder jene, wenn wir politische Zugeständnisse von deiner Seite erhalten.“ Ich habe bisher davon nichts gehört und halte es zunächst mal für richtig, wenn man sagt: „He, hört auf mit den Sanktionen, macht Nordstream 2 auf!“ Selbst wenn man der Ansicht ist, wie diese Regierung, dass der alleinige Bösewicht die russische Regierung sei, auch dann muss man sagen, die Sanktionen haben nichts gebracht, sie müssen beendet werden – sie sind ein weiteres Hindernis zu Friedensverhandlungen, zum Frieden, zu kommen.

Anzeige:

www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/startseite



attac

JETZT MITGLIED WERDEN!

JETZT ONLINE SPENDEN!

Startseite Kontakt Impressum Organisatorisches Aktiv werden! Themen Länder Multimedia Links

AG Globalisierung und Krieg Startseite

Herzlich Willkommen auf den Seiten der AG Globalisierung und Krieg!

Krieg ist kein Mittel zur Lösung von Konflikten. Krieg und Gewalt widersprechen dem Selbstverständnis von Attac - das sich für eine friedliche Gestaltung der Globalisierung einsetzt.


Die Arbeitsgruppe "Globalisierung und Krieg" versteht sich als Netzwerk für Aktivist*innen und regionale Gruppen, die sich kritisch mit dem Zusammenhang von neo-liberaler Globalisierung und Krieg befassen, Aufklärung über Kriegsursachen betreiben, sowie Aktionen initiieren und organisieren zur Abwehr von Krieg und Gewalt.

Zur Information und Diskussion betreibt die AG die Mailingliste "Globalisierung und Krieg", in welche sich Interessierte selbständig eintragen können.

Wer sich darüber hinaus für die Mitarbeit in der AG interessiert und sich auf irgendeine Weise nützlich machen möchte, möge sich bitte zunächst mit den am passendsten erscheinenden Kontaktpersonen in Verbindung setzen oder das Kontaktformular verwenden.

Besucher dieser Webseite und/oder ihren Unterseiten, bzw. Dokumente werden gebeten, die Aussagen auf der Impressumseite zur Kenntnis zu nehmen und zu respektieren.

[[Arbeitsweise der AG](#)] [[Newsletter](#)] [[Spenden für die AG](#)] [[Mitmachen](#)]



Bitte beachten: Generell, doch insbesondere vor der Beteiligung an Online-Unterschriftssammlungen zu Aufrufen, Petitionen und Protestschreiben unsere Empfehlungen zum [Datenschutz](#) durchlesen, denn Datenkraken sind vielerorts zuhause!

Johann Wolfgang von Goethe:

"Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen"

(Quelle: Faust - [Vorspiel auf dem Theater](#))

Site Map:

<ul style="list-style-type: none">• Startseite• Stellungnahmen• Newsletter• Termin-Übersicht• Tätigkeitsberichte• Nachrufe• Impressum• Kontakt	<ul style="list-style-type: none">• Organisatorisches• Mailinglisten• Material• Nützliches• Referent*en• Reg./Lok.AK	<ul style="list-style-type: none">• Was tun• Appelle• Aufrufe• Petitionen• Protest• Veranstaltungen• Themen• Länder	<ul style="list-style-type: none">• Multimedia• Audio und Video• Fernsehen• Hörfunk• Webinare• Links• Attac-Netzwerk• Satire
---	---	--	---

Anhang

Joachim Guillard:

Wirtschaftsblockaden

– eine „zivile Alternative“ zu Krieg

Auswirkungen ökonomischer Zwangsmaßnahmen gegen Russland und andere Länder – Bumerang-Effekte und neue internationale Blockbildung.

Joachim Guillard, Manuskript des Vortrags am 20.10.2022 im ZAKK, Düsseldorf

<https://klartext-info.de/?p=1186>

Weitere Hinweise

zur vertiefenden und weiterführenden Lektüre

Unseres Erachtens lesen sich die Beiträge zum Thema „Ukrainekrieg“ aus den Jahren 2014/15 oft sehr aktuell.

Vorgeschichte/Hintergrund

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/>

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine1/>

Lüders, Michael: Die scheinheilige Supermacht. Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen. C.H.Beck, München, 2021

Thoden, Ronald | Schiffer, Sabine (Hg.): Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen. Selbrund, Frankfurt (M), 2014

Wahl, Peter: Der Ukraine-Krieg und seine geopolitischen Hintergründe. Hintergrundpapier der AG Globalisierung und Krieg. 18.03.2022

https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/reader/20220318_AG_GuK_Ukraine.pdf

Zbigniew Brzeziński: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft. 4. Auflage. S. Fischer Verlag, 2001

zum download als pdf: <https://workupload.com/start/xiiBbOVQ>

Diskurs „Russischer Imperialismus“

<https://www.andreas-wehr.eu/russland-ein-imperialistisches-land.html>

https://www.vsa-verlag.de/uploads/media/VSA_Jaitner_Einfuehrung_des_Kapitalismus_in_Russland.pdf

kürzlich erschienen

Gehrcke, Wolfgang | Reymann, Christiane (Hg.): Ein willkommener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine. Papyrossa, Köln, 2022

Dahn, Daniela: Im Krieg verlieren auch die Sieger. Nur der Frieden kann gewonnen werden. Rowolth, Hamburg, 2022

Wagner, Jürgen: Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung. Papyrossa, Köln, 2022